INTERIM

8. September 1994

auswärts 3 DM

Wöchentliches Berlin-Info

2,50 DM

Schmiere für den Kopf



ab jetzt wieder wöchentlich

Nr. 298

Liebe Leserinnen und Leser,
von nun an habt ihr wieder die Möglichkeit des wöchentlichen Interimgenusses. Passend dazu war der Postkasten gut gefüllt; einige blaue Schafe waren darunter. Wenn ihr uns schlechte Vorlagen zuschickt, dürft ihr euch über die Unleserlichkeit der Texte nicht wundern. Zum Aktuellen konnten wir noch früher Verlegtes dazutun - sorry.
Für DO.,den 8.10.,18.00 Uhr empfehlen wir unbedingt: Zapfenstreichdemo - trotz alledem

Inhalt

Protokoll des bundesweiten Kongreß - Vorbereitungstreffen	3 - 6
Protokoll des bundesweiten Vorbereitungstreffen zum 3.10. in Bremen	7 - 8
Erläuterungen zur 3. 10.-Demo in Bremen	9 -10
Text von Frauen zur Roten Zora Broschüre	11 -15
Volxsport und sonstiges	16 - 18
Schärfere Gesetze in Großbrtannien	19 - 21
Arbeitslosenzentrum in Edinburgh	22
Nachrichten aus Montevideo/Uruguay	23 - 24
Arbeitsergebnisse des "Konvents" in Chiapas	25
Zeugenvorladungen wegen Steinmetz	26 - 27
Erinnerungen an die Geschichte Hans Jochen Vogels	28
Die spezielle Behandlung von BTM-Gefangenen (AntiFa-AG, Willich)	29

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

im Ordner:
-Prozesserklärung aus Istanbul (texte Nr. 7)
zu den Auseinandersetzungen innerhalb von Devrimci Sol (texte Nr. 7)
Kritik einiger InternationalistInnen an diesen Texten
- Bekenntnis zur Sprühaktion "Freiheit für Irmgard Möller" an der rückwärtigen Fensterfront des Justizgebäudes in Heidelberg
- mehr Infos zum besetzten Arbeitslosenzentrum in Edinburgh (in Englisch)
- Solikundgebung für Marc Rudin und Palle Sörensen am 16. 9. in Bonn
- "der kurdische Befreiungskampf und die Linke in der BRD", aus Kurdistan Report, Nr. 69, Juli 94
- weitere Materialien zu sen Auseinandersetzungen in Montevideo/Uruguay
- 1. Kurzbericht der WahlbeobachterInnen des Ökomenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit aus Chiapas/Mexico
- Kurzinfo zu einem Hungerstreik in Mexico (10.8.)
- AntiFa Aktivitäten gegen Heß-Gedenken in Magdeburg und Sachsen-Anhalt

Vertriebsbedingungen:
Einzelabos und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.
Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch **Infoläden und -cafés** außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.
Buchläden und andere **WiederverkäuferInnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.
Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.
Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren. Aber da leeren wir den Briefkasten nicht immer.
Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?
Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner. Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25, im Kopierladen M99, Manteuffelstr. 99, im Nachladen, Waldemarstr. 36 und im Infoladen Daneben, Liebigstr. 34 und sind dort allgemein zugänglich.
Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.
Es gilt Anzeigenliste Nr. 4 vom 14.

Auf dem Weg ins 21. Jahrhundert! Ein Protokoll vom bundesweiten Autonomie-Kongresstreffen in Kassel vom 26-28.8.94



Zunächst einmal wurden die schon am Freitag abend Angereisten von den Kasselern in einer wunderbar dampfenden Vokü zum Zwecke des Zusammenhalts von Leib, Magen und Seele außerordentlich freundlich empfangen und verköstigt. Auf dem Treffen waren dann Menschen aus folgenden Städten und Dörfern anwesend: Essen, Bochum, Coburg, Detmold, Hamburg, Jena, Weimar, Münster, München, Nürnberg, Kassel, Frankfurt a.M, Marburg, Hofgeismar und Berlin. Am Samstag Nachmittag schauten kurz Menschen aus Plauen und Chemnitz vorbei.
Zunächst wurde die Frage, wer das Protokoll schreiben will, zehn lange Minuten gemeinsam ausgesessen. Schließlich verlor einer die Nerven und beging den Fehler, sich dafür bereit zu erklären, und schon ging´s mit den allseits beliebten "Städteberichten" los. Sie sollen an dieser Stelle nicht im allerletzten Detail aufgeführt werden. Mehrere Städte berichteten, daß bei Ihnen zu Hause an der Kongreßidee ein noch zunächst "diffuses Interesse" besteht. Bei Treffen in diesem Zusammenhang wurde fast ausschließlich über die Situation in der eigenen Stadt und weniger über konkrete Beiträge zu diesem ganzen Unternehmen gesprochen.
Generationskonflikte, Auseinanderfallen der Strukturen, und Theoriefeindlichkeit stellen sich als Probleme in allen Städten; da und dort wurde von Reibereien und Konkurrenzen zu Gruppen der AA-BO berichtet. Deutliche Vorbehalte gegen einen Autonomie-Kongress wurde von einigen Ost-Städten ausgedrückt: Die Leute wollen erstmal mit sich selbst klar kommen, ihre Position in der Gesellschaft klären, und dies lieber dezentral und anhand von tagespolitischen Problemen vor Ort. Es besteht eine Angst davor, von den West- Autonomen über den Tisch gezogen zu werden. Ein so großer Rahmen wie die Kongressvorbereitung wird eher abgelehnt. Ansonsten wurde berichtet, daß das Interesse an dem Kongreß eher vereinzelt ist; dies würde sich aber bei einer Konkretisierung der Idee sicher ändern.
Nun ging´s mit der eigentlichen Diskussion los: **Als Termin für den Kongreß wurde aus Berlin Ostern 1995 vorgeschlagen.** Auch wegen dem "Argument", daß man und frau zu diesem Zeitpunkt im Unterschied beispielsweise zum 1. Mai 95 fast vier volle Tage zur gemeinsamen Verfügung habe, wurde dieser Vorschlag in bester Parteitagsmanier einstimmig mit 60 Stimmen von 60 Anwesenden bei keiner einzigen Gegenstimme angenommen. **Bravo!**
Nahezu alle waren froh, daß nun (hoffentlich) genug Zeit zur Vorbereitung zur Verfügung steht. Ansonsten ging leider keine der anwesenden Städte und Dörfer auf das Berliner Angebot ein, daß der Kongreß ja nicht unbedingt in Berlin stattfinden müsse. Als Austragungsort wird ganz klar ein zentraler Ort in Berlin bevorzugt, und die BerlinerInnen wurden beauftragt, sich um einen solchen zu kümmern. Dezentrale Konzepte sollen nur im Notfall zur Anwendung kommen. Den BerlinerInnen wurde ans Herz gelegt, bald mit den OrganisatorInnen von anderen Kongressen zu reden, um inhaltliche, technische und organisatorische Fehler zu vermeiden.
Nun wurden die zwei Vorschläge für eine Struktur des Kongresses aus Berlin und Nürnberg vorgestellt. Der Berliner liegt schriftlich vor, der Nürnberger wurde mündlich vorgetragen. Der Strukturvorschlag aus Berlin sah für den ersten Kongreßtag das sogenannte Konzept des "Kennenlernens" vor. Anhand gemeinsamer Fragestellungen (z.B.. Ist bei uns das Private politisch? usw.) sollen die KongreßteilnehmerInnen dafür gewonnen werden, sich für den ersten Tag in beliebige "Kennenlern"- Gruppen aufzumischen. In den folgenden Tagen soll dann jeweils eine These zur Frage der "Organisierung" und zum "Ende der Aufklärung" die Leitfragen in den Diskussionen strukturieren
Der Nürnberger Vorschlag zielte darauf ab, das Thema der "Organisierung" zum inhaltlichen Schwerpunkt des Kongresses zu machen. Dabei sollen am ersten Kongresstag die Städte und Regionen ihre Themen und Schwerpunkte vorstellen. Diese sollten schon im Vorfeld in der jeweiligen Region von den dortigen Gruppen erarbeitet worden sein. Am zweiten Tag soll diese Form der Organisierung ihre Arbeit untereinander in AG´s reflektieren und in Bezug zu anderen ähnlichen Formen der Organisierung setzen. Am dritten Tag soll ein gemeinsamer Schwerpunkt diskutiert werden, wobei die Nürnberger das "Patriarchat" vorschlagen. Am vierten Tag soll alles nach außen in einer powervollen Demo rübergebracht werden. Von den Nürnbergern wurde der Wunsch geäußert, daß sich bei dem Kongreß alle einbringen sollen, anstatt sich zu separieren: Frauen, AA-BO, Jugend, Ost usw. Dies sei jedenfalls mit ihrem Konzept möglich, welches von ihnen zugespitzt als ein "Parteitag ohne Partei" bezeichnet wurde.
In der Frage der "Kongresstruktur" entfachte sich nun eine Diskussion über die politisch-formale Ausrichtung des Kongresses, die sich um die Fragen, ob "Spektakel und riesige Fete" oder "klare inhaltliche Ausrichtung", ob "Autonomen-" oder "Auonomie-Kongress", Podiumsdiskussionen oder kleinere Diskussionsgruppen, Pflichtthemen oder die uns drängenden Fragen und Probleme, und die Frage, wer eigentlich dieses "wir" ist, drehten.

Menschen aus Hamburg warnten ausdrücklich davor, zuviel Erwartungen in so einen Kongreß zu setzen; jedesmal war es bisher so, daß es in der Vorbereitung sehr wenig Leute sind, dann aber viele kommen. Auf den Kongressen wurde nie viel inhaltlich diskutiert, daher würden sie eher einen Kongress mit weniger Leuten und dafür intensiveren inhaltlichen Diskussionen bevorzugen. Sie befürchten, daß der Kongreß so ein singuläres Ereignis bleibt.
Diese Diskussionen wurde dann in drei Arbeitsgruppen verlagert: zunächst gründeten die SPUK`s aus Berlin eine Arbeitsgruppe der "Jugendlichen" und der Rest zählte 1,2,1,2,... ab und teilte sich auf.
Am Abend, als sich die Arbeitsgruppen wiedertrafen, berichteten zuerst die Jugendlichen aus ihrer Arbeitsgruppe und forderten eine Jugendetage an einem Tag des Kongresses ein, was ihnen auch von der Mehrheit der Anwesenden sofort zugestanden wurde. Schön anzusehen war noch, wie einige Alt-Autonome sich in ihren Sitzen wanden und nicht damit klarkamen daß hier nun eine jüngere Generation deutlich ihren Platz einfordert.
Nach einer langen durchgequatschten und gefeierten Nacht bei der Disko im Infoladen Kassel fanden sich unter einigen Mühen, mit gerade mal einer vollen Stunde (!) Verspätung bis 11 Uhr die meisten TeilnehmerInen am Sonntag morgen wieder ein.
Da die Auseinandersetzung um die Einrichtung einer Jugendetage während des Kongresses bereits am Vortag mehr oder weniger heftig geführt worden waren, stand jetzt der Bericht der beiden anderen AG`s auf dem Programm. Diese "AG-Berichte" können in diesem Protokoll deshalb nicht schematisch wiedergegeben werden, weil sich sowohl die jeweiligen AG-Teilnehmerinnen als auch alle anderen Plenumsteilnehmerinnen immer wieder mit engagierten Diskussionsbeiträgen in die "AG-Berichte" einmischten. Das läßt zwar im nachhinein einem Protokollanten beim Verfassen eines doch eigentlich dürren Protokolltextes die Ärmelschoner durchschwitzen, verweist jedoch darauf, daß sich alle Beteiligten des Autonomie-Kongressvorbereitungstreffens einiges, auch an hochspannenden, kontroversen Dingen zu sagen hatten. Aus der ersten AG wurde dann von den verschiedensten Teilnehmerinnen, dabei immer wieder unterbrochen von interessierten Nachfragen, Einwürfen und Kritiken aus dem Plenum folgendes - so ungefähr - berichtet:
Man habe die ganze Zeit hauptsächlich über die Bestimmung des ersten Kongresstages gesprochen. Mit dem Nürnberger Strukturvorschlag habe dabei niemand etwas anfangen können. Aus den letzten Jahren habe man gruselige Erfahrungen mit qualvollen, stundenlangen Städteberichten erleiden müssen, die wir unbedingt während des Kongresses vermeiden müßten. Zu überlegen sei jedoch, wie dem Bedürfnis nach der Möglichkeit eines Städte- und Regionenaustausches während des Kongresses Rechnung getragen werden könne. Zu überlegen wäre, ob diesem Bedürfnis nicht mit Infoständen beizukommen sei.
Die Diskussionen in dieser AG fanden hauptsächlich an dem Kennenlern-Strukturvorschlag der Berliner statt. In der AG herrschte weitgehend Einigkeit darin, die aus Berlin vorgeschlagene Methode der Button-Verteilung nach von der Kongressvorbereitung festgelegten Kriterien als für die Beteiligten undurchschaubare, pädagogische Zwangsmaßnahme abzulehnen. Klar muß sein, daß wir auf dem Kongress unsere Absichten mit dem "Kennenlerntag" gegenuber den Leuten offen legen müssen und damit keine Tricks versuchen. Bei der inhaltliche Bestimmung des ersten Tages ist klar, daß es dabei nicht einfach nur um einen "Markt der Möglichkeiten" oder einen "Aufwärmtag" gehen könne. Das kann zwar nachher in der Praxis so aussehen, ersetzt aber nicht den an die Vorbereitung zu stellenden Anspruch, so genau und gut zu begründen was wir warum tun und was wir nicht wollen.
In den immer wieder auf dem Plenum entbrennenden Diskussionen wurde das "Kennenlernen" als ein "schrecklicher Begriff" bezeichnet. Der Strukturvorschlag des "Kennenlernens" reproduziere nur noch einmal die in Bewegung existierende Vereinzelung. Es sei doch ohnehin davon auszugehen, daß wenige Leute für viele andere Leute den Kongreß organisieren müßten. Deswegen sei es auch in der Struktur anzustreben, daß die vorbereitenden Gruppen gegenüber den anderen Anwesenden ihre politische Arbeit vorstellen. Zudem sei man selber überhaupt nicht vereinzelt, und benötige kein unverbindliches Kennenlernen mit irgendwelchen anderen, fremden Leuten. Man suche sich doch ganz bewußt die Leute, mit denen man sich in einem Kampfzusammenhang stelle. Von anderen Diskussionsteilnehmern wurde der Begriff der "vorbereitenden politisch arbeitenden Gruppen" in Frage gestellt. Zum einen sei es doch gerade die Frage, welche "politisch arbeitenden Gruppen" denn tatsächlich noch existieren. Überhaupt: Was sei genau unter dem Begriff der "an der Vorbereitung beteiligten Gruppen" zu verstehen? Die derzeitige Vorbereitung zeige, daß sich keine nennenswerte Zahl von Gruppen an der "Vorbereitung" - aus sicherlich guten Gründen - beteilige. Zudem beständen ja auch Gruppen nicht aus "Gruppen", sondern aus (hoffentlich) autonomen Individuen, die mehr als ausschließlich ihr "Thema" im Kopf hätten. Natürlich könne niemand aus der Kongressvorbereitung Gruppen, die für sich klar haben, was sie auf dem Kongress wollten, dazu

zwingen, sich in eine Kennenlernstruktur aufzulösen. An der Umsetzung eines Strukturvorschlages würden ohnehin nur die Leute mitmachen, die das für sich wollten. Wenn erstmal daran lediglich die Hälfte der Anwesenden mitmachen würde, sei das O.K. Bei dem ersten Kennenlerntag solle in der Kongresstruktur versucht werden von der existierenden Vereinzelung auszugehen, anstelle sie mit den bekannten Organisationstricks zu überspringen. Das Konzept des "Kennenlernens" solle dazu dienen, gerade für viele unorganisierte, die aber gleiche oder ähnliche Fragen wie wir im Kopf hätten, Zugänge sowohl zur autonomen Bewegung als auch zum Kongreß zu schaffen. Ob diese Gruppen über den ganzen Kongress bestehen oder ob sie sich nach kurzer Zeit wieder auflösen, sei dann nicht Sache der Kongressvorbereitung, sondern läge in deren Entscheidungsmacht. Klar ist, daß es nicht nur um ein unverbindliches "Kennlernen" so unter dem Motto "Hallihallo, schönes Wetter heute" gehen könne. Der Strukturvorschlag des Kennenlernens muß an von uns bestimmte Frage- und Problemstellungen geknüpft sein. Neben den im Berliner Strukturvorschlag formulierten Fragen wurde aus der AG die Leitfrage: "Was trennt uns, was verbindet uns?" entworfen. Erst die dabei zwischen den Beteiligten entstehenden Konfrontationen können die Qualität eines Kongresses ausmachen.
In dem Bericht der zweiten AG wurde die Frage aufgeworfen, welche inhaltlichen Auseinandersetzungen überhaupt mit dem Kongress angestrebt werden. Darüber hinaus sei die Frage zu stellen, in welchen Bezug der Autonomie-Kongress zur autonomen Bewegung steht. Dafür brauche man Thesen anstelle von Themen. Man sehe dabei zwei Sachen, von denen man denke, daß sie sich in der derzeitigen Konzeption nicht vertragen: Die in unseren Binnenstrukturen zu diskutierende Frage des "Wie weiter" contra dem Wunsch mit Hilfe des Kongresses nach außen hin "Stärke" zu demonstrieren. Bei dem Bericht dieser AG entspann sich im Plenum eine Debatte um die Frage welchen Charakter Promis und Großveranstaltungen während des Kongresses einnehmen können oder sollen. Hinsichtlich der Frage der Promis reichten die Positionen von der Auffassung, daß uns die "Promis" nichts zu sagen haben, bis hin zu der Meinung, daß man sie, wenn man wisse, welche Fragen man selber habe, durchaus für ein paar Sachen, die sie unter Umständen besser formulieren können, als man selber dazu in der Lage sei, benutzen könne. Überhaupt bestehe das Problem der autonomen Bewegung nicht in ihren Promis, sondern nur in dem viel zu respektvollen Umgang mit ihnen. Und das sei schon das eigene Problem und nicht das der Promis. Außerdem werde ohnehin jeder und jede prominent, der oder die etwas ausdrücken könne, was die anderen, vielleicht nicht ganz so geordnet, in der Birne haben
Allen war klar, daß wir während des Kongresses um die Frage, wie wir "große Versammlungen" oder auch "große Großveranstaltungen" vernünftig organisieren können, nicht herum kommen. Dem bekannten Horror, daß sich dort nur die bekannten Schlauredner was zu sagen trauen, steht auf der anderen Seite die berechtigte Neugier aller Beteiligten gegenüber, sich einmal in einem Raum einen Überblick über den ganzen Kongress zu verschaffen.
Bei ersten flüchtigen Überlegungen, vielleicht eine Großveranstaltung zur Geschichte und der Kritik an der autonomen Bewegung der 80er Jahre zu organisieren, platzte ein Beitrag eines "Genossen"[1] aus Jena, der sagte, daß er und ein paar andere Leute aus dem Osten beabsichtigen, während des Kongresses eine oder zwei AG s zu folgenden Themen zu machen:
A: "Über die Geschichte der DDR-Opposition"; und B: "Über die Arroganz und geistige Okkupation der West-Autonomen gegenüber den DDR-Autonomen"
Für sie als Ost-Autonome stelle sich überhaupt die Frage, ob die West-Autonomen überhaupt zu einer Zusammenarbeit mit den Ost-Autonomen gewillt seien, was eine Positionierung zu der DDR voraussetze; ob die autonome Szene überhaupt bereit sei, sich einmal mit den Machenschaften des Stasi in ihren Reihen auseinanderzusetzen. Von anderen Plenumsteilnehmerinnen wurde diese Initiative von den Leuten aus Jena sehr begrüßt. Es sei gut, daß sie ihre Kritik formulierten, weil es ohnehin in der Kongressvorbereitung ganz praktisch anders nicht laufen könnte. Man habe ein großes Interesse an einer Auseinandersetzung, von der man aber keine Lust habe sie über die Ebene von "Schuld" zu führen. Deswegen werde man auch in der Auseinandersetzung versuchen, den im Veranstaltungstitel als "geistige Okkupation der West-Autonomen gegenüber den Ost-Autonomen" steckenden Vorwurf zurückzuweisen. Jemand berichtete, daß seiner Auffassung nach, die Situation der ehemaligen links-alternativen DDR-Opposition von großer Verunsicherung gekennzeichnet sei, während eines Autonomie-Kongresses überhaupt eine Ebene oder ein Forum zur Auseinandersetzung mit den eigenen Geschichten und Fragen finden zu können. Erschwert werde eine Zusammenarbeit auch dadurch, daß zur Politik der autonomen Bewegung in den 80er Jahren eine "vollständige Tabuisierung der DDR" gehört habe. Dieser These

[1] Das ist für die Leute der ehemaligen links-alternativen DDR-Opposition deshalb ein schwieriger Begriff, weil sie in ihrer Geschichte des öfteren von dem Genossen Stasi-Chef Mielke drangsaliert worden sind.

wurde von anderen West-Autonomen auf dem Plenum widersprochen. Für die gesamte Kongressvorbereitung sei es sehr wichtig, für diese anstehende Auseinandersetzung einen Raum zu schaffen, in der diese Fragen eine Rolle spielen können.
An die Leute von Jena wurde auch die Frage gestellt, ob sich auch eine Beteiligung an einer Veranstaltung an der Geschichte und Kritik der (west-)autonomen Bewegung vorstellen könnten. Sie wollen sich das überlegen.
Im letzten Block dieses Tages wurde noch einmal von einem Genossen der Strukturvorschlag aus Nürnberg länger vorgestellt und noch einmal erläutert. Die inhaltliche Bestimmung des Kongresses solle bei dem Schwerpunkt "Organisierung" liegen, wobei ein Kongresstag unter das Motto des "wichtigen Themas": Patriarchat gestellt werden solle. Dieser Strukturvorschlag bilde die reale Situation der autonomen Bewegung authentisch ab.
Der Nürnberger Vorschlag stieß im Plenum auf eine relativ einhellige Ablehnung. Dieser Strukturvorschlag biete eine "Hülle" an, in der lediglich die bekannte Mängelverwaltung des Status Quo stattfinde. Niemand, d.h. keine Gruppe sei dazu in der Lage in einem Städtebericht eine ganze Stadt zu repräsentieren. Die von Nürnberg direkt an das Plenum gestellte Frage, ob eine "Organisierung" mit dem Kongress angestrebt werde, wurde dabei verneint. Es gehe beim Autonomie-Kongress darum, die Auseinandersetzung über die uns bewegenden Fragen zu organisieren. Dabei müssen alle erstmal davon ausgehen, daß sich in diesen zu erwartenden Kontroversen einiges erstmal trennen und allenfalls später (vielleicht) - auch im Sinne von "Organisierung" - neu zusammensetzen werde.
Nachdem diese Debatte ihr Ende gefunden hatte, und alle von den langen Diskussionen und spannenden Gesprächen zwischendurch ein wenig erschöpft waren, wurde nach einem neuen Ort und Termin für das nächste bundesweite Vorbereitungstreffen gesucht. Am liebsten hätten wir es alle irgendwo im Osten gemacht, was jedoch der letzte noch anwesende Ost-Genosse natürlich nicht umstandslos zusagen konnte. Es soll aber auf dem nächsten bundesweiten Ost-Vorbereitungstreffen Anfang Oktober geschaut werden, ob eine Stadt möglicherweise bereit ist, ein bundesweites Treffen auf die Reihe zu bekommen. Wenn ja, dann soll mit Hamburg ein diesbezüglicher Kontakt hergestellt werden. Ansonsten verblieb das Treffen mit folgender Absprache:

Das nächste bundesweite Vorbereitungstreffen zum Autonomie-Kongress soll am 26./27. November in Hamburg stattfinden

Dort werden als Themen die weitere Diskussion über die Kongresstruktur unter für uns spannenden und wichtigen übergreifenden Fragestellungen auf der Tagesordnung stehen. Darüber hinaus soll einmal die Frage der "Kultur" während der Kongresstage besprochen werden und wie ein paar möglicherweise gemeinsame Formen der "Öffentlichkeitsarbeit" zum Zwecke der "Kongresswerbung" aussehen können. Der bisher erstellte Autonomie-Kongress-Reader mit der Dokumentation verschiedenster Beiträge, für den es viel Lob gab, reicht dafür jedenfalls nicht aus.
Eine persönliche Nachbemerkung noch vom Protokollanten mit den Ärmelschonern: Die vielfältigen inhaltlichen Kontroversen zu den uns bewegenden offenen Fragen in Kassel wurden in einem insgesamt guten Geist ausgetragen, was Schärfe und Engagement einschloß. Es wurde - manchmal unter einigen Mühen - versucht, während dieser Debatten Bösartigkeiten zu vermeiden und möglichst alle zu Wort kommen zu lassen. Und das ist doch schon mal eine ganze Menge, wenn man bedenkt, daß man und frau doch mehr als einmal mit dem von anderen gesagten überhaupt nicht einverstanden war. Allerdings ist auch festzuhalten, daß bundesweit noch sehr wenig über die inhaltliche und praktische Ausgestaltung des Kongresses diskutiert, geschweige denn vorbereitetet worden ist. Derzeit bewegt sich alles noch ein wenig in Zeitlupe.

Neue Kontaktadressen:

- Kongressgruppe Ruhrpott
  c/o Iga
  Düppelstr. 35
  44789 Bochum

- Kongreßgruppe Marburg
  c/o Asta
  Am Erlenring 5
  35037 Marburg

- autonome info-Gruppe
  c/o Alte Pauline
  Bielefelder Str. 3
  32756 Detmold

- Infoladen Bankrott
  c/o Rosa Luxemburg Zentrum
  Dahlweg 64
  48153 Münster

- Seppl
  c/o Infoladen
  Breisacherstr 12
  81667 München

- Walter
  c/o Infoladen
  Gerberstr. 1
  99425 Weimar

Nächstes offenes Kongresstreffen in Berlin: Dienstag, den 20. September 20 Uhr Blauer Salon, Mehringhof



Protokoll mit Anmerkungen
zum bundesweiten Vorbereitungstreffen 6.8.94 in Bremen

Anwesende auswärtige Gruppen: Antifa A+P/Berlin; Antifa Bunde; Antifa Plenum Braunschweig; Unabhangige Antifa Detmold; A(E)G Göttingen; ILA Gütersloh; Autonome Sanis, Hamburg; Komitee gegen imp. Krieg, Hamburg; Avanti Kiel; Rote Aktion Kornstr., Hannover; ARAK Hannover, ROJA, Marburg, Oldenburg: Gruppe 42, Antifa Cafe, Frauen/Lesben, Antifa Wendtland; Uelzen; Salzwedel - **Anwesende Bremer Gruppen:** DKP Bremen, Anti-Rassismus-Büro, Gruppe Linke Einheit Gemeinsam Organisieren LEGO, Frauengruppe ZAP, Antifaschistisches Komitee; Kurdistan Solidarität Bremen, Frauenprojekt Buntentor; Bremer Bürgerinitiative gegen Atomanlagen BBA; Libertäre Männergruppe, Gruppe U, Frauen-Lesben-Plenum; Infoladen Gruppe; Sani-Gruppe

Nach einigen kurzen organisatorischen Mitteilungen und Ankundigungen der nächsten in Bremen geplanten Schritte/Materialien (s. Einladungsschreiben/Anlagen) wurde das Konzept für den 3.10. von VertreterInnen aus Bremen erläutert. Die Darstellung beschränkte sich allerdings zunächst wesentlich auf den beabsichtigten Verlauf der Demo/Belagerung am 3.10. Die politischen Gründe, Überlegungen und Entwicklungen, die hinter dieser Planung stehen, kamen in der ersten Beschreibung allerdings erheblich zu kurz und mußten dann mit erheblichen Schwierigkeiten in der nachfolgenden, teils sehr kontroversen Diskussion nachgeholt werden, wodurch die inneren Zusammenhänge oft in den Hintergrund traten.
Auf eine erneute Darstellung des Konzepts verzichten wir hier, weil dieses rumgeschickt worden ist.

<u>Zu den einzelnen Kritik- und Diskussionspunkten:</u>

a.) Das Konzept aus Bremen sei ein Kompromiß und daher ohne klare Zielrichtung.
Es wurde versucht, die Entstehung des Konzepts kurz nachvollziehbar zu machen. Es fehlte allerdings die klare Aussage, daß es richtig ist, daß es sich um einen Kompromiß handelt. Dieser Kompromiß ist aber das Ergebnis langer und schwieriger Auseinandersetzungen im Bremer Bundnis, der versucht, die verschiedenen Vorstellungen und politischen Präferenzen zusammenzubringen und in eine Form zu bringen, die von allen schließlich getragen werden konnte. Nicht richtig ist, daß damit auch eine "klare Zielvorstellung" aufgegeben wäre. Die Ziele aller in Bremen beteiligten Gruppen finden sich wieder: 1. die Absichten der Herrschenden mit dieser Jubelfeier politisch anzugreifen und zu kippen, 2. dieses praktisch sichtbar zu machen, was direkt an demCongreßzentrum (CCB) am ehesten möglich ist und dort die Jubelfeier direkt zu konfrontieren, 3. die politische Bedeutung des Volksfestes ("der öffentlichen, nationalen Jubellegitimation") herauszustellen. Ein erster Schritt dieser politischen Manifestation ist die Durchsetzung einer möglichst großen, entschlossenen Demonstration.

b.) Mit dem Kompromiß sei das Ziel Congreßzentrum aufgegeben worden.
Es wurde versucht, diese Schlußfolgerung zurückzuweisen. Es ist Ziel aller Gruppen, dorthin zu gelangen. Aufgrund der zu erwartenden politischen Situation und den örtlichen Gegebenheiten scheint dieses Ziel aber nur durch eine zuvor formierte, große Demonstration möglich, die sich bei Behinderung Druckmoglichkeiten verschaffen kann und erst eine breitere Beteiligung ermöglichen würde, als der unmittelbare Aufruf zu einer Blockade. Auch die Gruppen in Bremen, die zunächst andere Vorstellungen vertreten haben, haben schließlich diese Auffassung mitgetragen.

c.) Konkret würde sich die Aufgabe des Ziels CCB am Treffpunkt Sielwall (Ostertor) festmachen.
Hierbei spielte insbesondere die örtliche Lage (Ostertor = Innenstadtseite; Findorff = Nahe CCB, die Stadtteile getrennt durch eine Bahnlinie, die nur durch einen Tunnel unterquert werden kann) eine wichtige Rolle. Allgemein wurde angemerkt, es sei ein Leichtes, die Tunnel zu versperren. Dem ist sicher so, auch wenn es letztlich an (fast) jeder anderen Stelle möglich wäre, eine Demo aufzuhalten. Das dieses der problematischste Punkt der Route ist, war auch in Bremen eine lange Diskussion. So mußten die verschiedenen Aspekte abgewogen werden. In der Diskussion haben wir versucht, diese Überlegungen darzustellen. Einige der Aspekte sind wiedergegeben in dem Punkt "Tunnelproblem".

d.) Kritik/Unklarheiten wegen der abschließenden Orientierung zum Volksfest.
Im Wesentlichen wurde kritisiert, daß diese Orientierung im Konzept sehr unklar geblieben ist. Diese Kritik greifen auch die Berliner Gruppen der AABO in einem Schreiben vom 20.8.94 an das Bremer Bündnis erneut auf. Wir halten diese Kritik für durchaus berechtigt. Unsere Überlegungen dazu haben wir in den beiliegenden Konzepterläuterungen zusammengefaßt. Auf dem letzten bundesweiten Treffen gab es eine Diskussion um die Bedeutung des Volksfestes. Im Bremer Bündnis hat sich die Auffassung durchgesetzt, daß beides, die offizielle Jubelveranstaltung u n d das Volksfest letztlich die politische Bedeutung des 3.10. ausmachen. In Bremen jetzt aber erstmals (aus Sicherheitsgründen) eine klare auch raumliche Trennung stattfindet, was die Feierlichkeiten angeht

Stattfinden werden auf dem Fest allerdings die "Präsentation der Bundesregierung", "Präsentation der Bundesländer" und geplant sind Fahrten der geladenen Gäste ab 14.00 Uhr dorthin. Bei der Einrichtung des 3.10. wurden explizit aber diese beiden Aspekte - die ausdrückliche öffentliche, volksfestfeiernde Legitimationsshow neben der "Elite"-Feier - installiert. (Die nun erstmals veranstaltete Jubelfeier in Berlin, die dort jetzt jährlich stattfinden soll, unterstreicht diesen öffentlichen Legitimationsbedarf)
Wir teilen im Bremer Bündnis auch die Auffassung, daß keine "frühzeitige Orientierung" zum Volksfest erfolgen soll (wie die Berliner AABO-Gruppen anmerken). Sollte die Demo frühzeitig aufgehalten werden und wir nicht genügend Power entwickeln, um die Hindernisse zu überwinden, besteht die Möglichkeit von der Innenstadtseite her verschiedene Blockadepunkte einzurichten und so die Anfahrt zumindest eines Teils der geladenen Gäste zu behindern. Dies ist bislang nicht deutlich geworden. Das Bremer Konzept geht von einer Orientierung zum Volksfest erst n a c h Ende der offiziellen Veranstaltung im CCB aus, bzw., wenn dort für uns absolut nichts mehr zu holen ist an praktischen Möglichkeiten und politischer Wirkung. Bei dem Einmischen auf dem Volksfest geht es uns um Aktivitäten gegen die dort stattfindenden politischen Veranstaltungen, nicht um das Volksfest an sich. Richtig ist sicherlich, daß die Handlungsmöglichkeiten auf dem Volksfest insbesondere für Auswärtige nur unter erschwerten Umständen vorstellbar sind. Es gibt aber schon einen rein praktischen Grund für diese Planung. Wir gehen in Anbetracht der örtlichen Verhältnisse rund um das CCB von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Abzugs aller dort aus, da wir die Möglichkeiten "individuellen Rückzugs" in der Umgebung in der vermutlich vorhandenen Situation als außerordentlich schlecht betrachten und niemandem dazu raten würden. Ein gemeinsamer "Rückzug" als Demo scheint uns daher dringend geboten. Dieser muß wieder Richtung Innenstadt erfolgen. Wir wollen die Demo bis zum Rand der Innenstadt, also bis zur Feiermeile führen, um danach dann die geplanten Aktionen durchzuführen und möglichst viele TeilnehmerInnen auffordern sich zu beteiligen. Die Demo selbst wird damit beendet.

e.) Unklarheiten hinsichtlich des Grades von Militanz.

Zu diesem Punkt entwickelte sich auf dem letzten Treffen eine leider teilweise abgehobene und abstrakte Diskussion. Es ist für uns keine "graduelle Festlegung" von Militanz als solcher möglich. Entscheidend ist, daß wir uns politisch durchsetzen können, was von den unmittelbaren Kräfteverhältnissen vor Ort abhängen wird. Sicher ist es dabei notwendig, alle geeigneten Selbstschutzmaßnahmen zu ergreifen.

f.) Bündnisfrage

Die teilweise abstruse Militanz Debatte ließ vielfach die bisherigen tatsächlichen Kräfteverhältnisse in Bremen und wohl auch im Hinblick auf die bundesweite Diskussion außer acht. In Bremen besteht nach wie vor das Problem, daß das Bündnis noch immer nicht auf den eigentlich notwendigen breiten Füßen steht. Hier sind noch etliche Bemühungen notwendig und beabsichtigt. Auch in anderen Städten kann wohl bislang noch nicht von einer entschlossenen, starken Vorbereitung und Diskussion die Rede sein.

g.) Anmerkungen zur politischen Allgemeinsituation und Repression

Viel zu kurz gekommen in der bisherigen Diskussion ist zudem bislang eine genauere gemeinsame Einschätzung der politischen Rahmenbedingungen, in denen diese Demonstration stattfinden soll. Die nationalistische Politik der letzten Jahre wird sicherlich noch einmal potenziert durch die laufenden Wahlkampfauseinandersetzungen, die mit harten Bandagen geführt werden wird (Stichworte: "Linksfront", "links = rechts", "innere Sicherheit" etc.). Die Regierenden werden viel daran setzen, eine entschiedene linke Opposition gerade an diesem Tag gar nicht erst zu Wort kommen zu lassen. Die jüngste Debatte z.B. über "Vorbeugehaft" (in Bremen gerade erstmals nach 25 Jahren am 13.8. gegen AntifaschistInnen praktiziert, am letzten Wochenende in Stuttgart bei "Chaos-Tagen" massiv durchgezogen) werfen hier einen Blick auf die Schärfe der zu erwartenden Situation. Die Debatte über Form, Inhalte und Durchsetzungsmöglichkeiten linker Politik muß diese politischen Tendenzen unbedingt einbeziehen.

Nach etlichen Stunden Diskussion über dieses Konzept verließen drei Gruppen (ILA, ROJA, Antifa Bunde) das Treffen und kündigten an, sich an dieser Demonstration nicht beteiligen zu wollen. Andere Gruppen, die auch zunächst eher für einen Treffpunkt in Findorff sprachen, konnten nach der Debatte die Entscheidung für den Ausgangspunkt Stelwall akzeptieren und wollen die Diskussion, Vorbereitung und Teilnahme auf dieser Grundlage mittragen.
Wir bedauern den Ausstieg einiger Gruppen und hoffen, daß die auch diese Gruppen ihre Teilnahme noch einmal zur Diskussion stellen. Auch im Bremer Bündnis gab es nach diesem Treffen einige Veränderungen. Zwei Gruppen (Antifaschistisches Komitee u. Kurd. Solidarität) verließen das Vorbereitungsbündnis, wollen aber weiterhin an der Demonstration teilnehmen und mobilisieren. Ein weiterer Versuch, die Vorbereitung und Unterstützung der Demonstration in Bremen zu verbreitern soll mit einer öffentlichen Vollversammlung am 7.9.94 unternommen werden. Über das Ergebnis werden wir dann auf dem nächsten Treffen berichten.

Da dies sowieso kein Protokoll im eigentlichen Sinne ist, wollen wir an dieser Stelle noch zwei andere Fragen anschneiden.

1.) Demoverbot:

Ein erstes Problem könnte sein, ob es uns gelingt an diesem Tag in Bremen eine Demonstration zu formieren. Unter den gegebenen Umständen (SPD auf dem "Prüfstein Innere Sicherheit", Demoverhinderungen der Bullerei am 13.8. und 18.8. in Bremen etc.) wird einiges davon abhängen, daß wir eine größere Anzahl von Menschen mobilisieren können. Auf ein Verbot jeder Versammlung werden wir flexibel reagieren müssen. Denkbar ist zudem ein Teilverbot für bestimmte Strecken/Orte, dieses würde der Rechtsprechung des Bremer OVG entsprechen. Die Demo wird angemeldet werden, um hier vorab ein klareres Bild der Verhältnisse zu erhalten und mit einem Verbot im Vorfeld politisch zu arbeiten. Demonstrieren wollen wir in jedem Fall.

2.) Tunnel:

Ein Problem sind natürlich die Tunnel unter der Bahnlinie, die auf jeder der denkbaren Demo-Strecken in Richtung CCB zu unterqueren sein werden. Diese sind relativ leicht zu versperrende und kontrollierende Punkte, um die Bürgerweide abzuschirmen und einen Zugang für uns zu verhindern. Dieses ist ein Knackpunkt, der sowohl in der Bremer Diskussion der letzten Monate, als auch auf dem letzten bundesweiten Treffen eine zentrale Rolle gespielt hat. In diesem Zusammenhang steht unmittelbar die Diskussion um andere, alternative Treffpunkte für die Demo, z.B. den Findorff-Markt (ca. 500 m von der Bürgerweide mit CCB entfernt - allerdings aus der "unwichtigsten" Anfahrtsrichtung). Auch andere Treffpunkte wurden diskutiert. Der Treffpunkt Findorff Markt wurde einerseits das Problem aufwerfen, daß zuvor schon fast alle BremerInnen ebenfalls durch die Tunnel müßten und wir unmittelbar am Treffpunkt bereits in der Konfrontation mit der offiziellen Veranstaltung stehen würden. Auch dort wäre es allerdings relativ leicht für die Bullerei, uns den Zugang zu den Hauptanfahrtsrichtungen zu versperren, da dort nur über zwei Straßen hinzukommen wäre, die völlig unbewohnt sind. Eine politische Einstimmung und Sensibilisierung für die Situation wäre kaum zu ermöglichen. Für den weiteren Verlauf einer Demo hätten wir dann aber genau das gleiche Problem und mußten durch die Tunnel, nur in umgekehrter Richtung, um in die Innenstadt zu gelangen. Das aber ist ein gemeinsames Ziel des Vorbereitungskreises. Wir haben uns daher für den Treffpunkt auf der Innenstadtseite der Tunnel entschieden, weil dieses nach den oben beschriebenen Zielvorstellungen der Demo der günstigere Treffpunkt scheint. Von dort ist es möglich, einen entsprechenden Druck zu erzeugen, der im Falle einer Sperrung eventuell doch noch den Durchgang ermöglicht, oder aber durch mehrere Blockadepunkte den Durchgang auch für etliche offizielle TeilnehmerInnen etc. nicht mehr möglich wird. Alle übrigen Veranstaltungen im Rahmen der Jubelfeier sowie sämtliche Behörden, Einrichtungen etc. befinden sich auf der Innenstadtseite.

Wir wünschen uns, daß wir beim nächsten Treffen die Vorbereitungen mit Eurer Beteiligung konkretisieren können.

Erläuterungen zum "Konzept für die Demonstration am 3. 10.94 in Bremen"-Papier (vom 27.7.94)

In den letzten Jahren gab es jeweils Mobilisierungen an den Ort der zentralen Nationalfeier. In diesem Jahr messen wir diesem Ereignis insbesondere deswegen noch eine über das sonstige Maß hinaus wirkende Bedeutung zu, weil 2 Wochen danach Bundestagswahlen stattfinden werden.
Deshalb wird sich die mit der Nationalfeier verbundene Propaganda der Regierenden und Möchte-gerne-Regierenden in wesentlich größerem Ausmaß, in noch weit schärferen Tönen bewegen, als dieses in den letzten Jahren zum 3.10. der Fall war. Die aktuellen politischen Entwicklungen, gekenntzeichnet durch gesteigerten Nationalismus, rigoroser sozialer, rassistischer und geschlechtsspezifischer Ausgrenzungen, aggressiver ökonomischer und ggf. militärischer Expansion, etc., werden wahlkampftauglich gerade zum 3.10. aufbereitet werden, um durch die umfassende (weltweite) Medienpräsenz verbreitet zu werden.
Der Bremer Senat hat dafür ein Veranstaltungsprogramm entwickelt, daß in Umfang und Dauer alles bisherige in den Schatten stellt. Über die Ampel-Koalition in Bremen gesellen sich zudem erstmalig auch die Grünen in den Trägerkreis der Nationalfeier.
Das Thema "innere Sicherheit" ist zudem ein zentrales Wahlkampfthema der SPD. Die Ereignisse am 3.10. in Bremen sind daher gerade für die SPD ein Prüfstein ihrer Glaubwürdigkeit auf diesem Gebiet.
Dieses Szenario beschreibt grob den Rahmen der Gegenseite, von dem unsere Überlegungen ausgehen.

Gemeinsamer Ausgangspunkt des Bremer Bündnisses ist es, dem Versuch der Herrschenden entschlossen entgegenzutreten, die die reaktionäre Entwicklung in der BRD seit 1989 ideologisch legitimieren und vom Volke nationalistisch abfeiern lassen wollen. Unsere Aufgabe sehen wir darin, diese Legitimation politisch zu zerstören und eine geschlossene linke Gegenkraft wieder sichtbar werden zu lassen.

Im Vorfeld:

wird es von verschiedenen Gruppen eine Reihe von Veranstaltungen, Aktionen und Veröffentlichungen geben. Daran beteiligen sich bislang Gruppen aus dem linken Spektrum, internationalistische Gruppen, einige Jugend- und Stadtteilgruppen, sowie Frauengruppen und in ihrem Bereich verschiedene Kultureinrichtungen. Diese Kampagne im Vorfeld ist für uns ebenfalls ein wichtiger Teil der Aktivitäten, mit dem wir politisch verstärkt öffentlich präsent sein wollen und die politischen Hintergründe der Aktivitäten rund um den 3.10. darstellen wollen.
Vom Bündnis sind Aktionstage am 1. und 2.10. geplant, genauere Infos werden zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben. Die Aktionen werden sich orientieren an Veranstaltungen der Feierlichkeiten (z.B. Herzog-Auftritt am 2.10., Präsentation der Länder etc.).

Am 3.10.:

Zentraler Höhepunkt sind die Aktionen am 3.10. selbst.
Das gemeinsame Anliegen aller beteiligten Gruppen ist, der herrschenden Propaganda an diesem Tag mit einem gemeinsamen Ausdruck von Protest und Widerstand entgegenzutreten. Darin sollen sich verschiedene Elemente wiederfinden: Unser Ziel ist es, daß sie sich in ihrem Kongreßzentrum verschanzen müssen, daß ihnen ihre "feierlichen Reden" im Halse steckenbleiben. Unser Ziel ist es, klarzumachen, daß es für Milionen keinen Grund gibt, die "Einheit" zu feiern. Deshalb werden wir auf den Straßen sein und wollen das Kongreßzentrum belagern.
Gleichrangig soll die Möglichkeit der Teilnahme und des Ausdrucks für linke und revolutionäre, kritische und sozial, rassistisch und geschlechtsspezifisch ausgegrenzte Menschen gewährleistet sein.
Aus diesen Überlegungen ist die konzeptionelle Ablaufplanung für den 3.10 begründet.
Beginn mit einer Auftaktkundgebung (8.00 Uhr Sielwall), die nicht nach Organisationsproporz, sondern nach inhaltlichen Themenvorgaben gestaltet sein soll.
Ab 9.00 Uhr eine Demonstration, die "nach außen" einen eigenständigen politischen Ausdruck bilden soll: durch die Zahl der TeilnehmerInnen, die dort vertretenen Positionen etc. und "nach innen" einen zusammenfassenden Ausdruck der eigenen Kräfte geben soll.
Unter den anfangs genannten Gesamtumständen sehen wir auch in einer solchen Demonstration an diesem Tag eine eigenständige politische Bedeutung.
1. örtliches Ziel der Demonstration ist dann die Zufahrt zur Kongreßhalle (CCB), in der die zentrale Feierstunde stattfinden wird. Unser Ziel ist es, durch unsere Anwesenheit dort und geeignete Maßnahmen die Anreise der offiziellen TeilnehmerInnen und den reibungslosen Ablauf der nationalistischen Feiern zu be- und verhindern und durch eine Belagerung/Blockade für die Dauer dieser Veranstaltung (11.30 bis 12.30 Uhr - Festakt; ggf. noch 12.30 Uhr bis 14.00 Uhr - Empfang) eine ständige Präsenz zu zeigen.

Es lehrt uns das Gruseln, wenn in Anlehnung an olle Marx gesagt wird: "Das Judentum hat sich, laut Marx, nicht TROTZ, sondem DURCH die Geschichte erhalten". Und: "Die innere Antriebskraft für diesen Judenhaß (!!!) waren STETS die KLASSENWIDERSPRÜCHE." Wir halten diese Reduktion (Verkürzung) im Hinblick auf den jahrhundertealten Anti-Judaismus auf religiöser, gesellschaftlicher, politischer und ökonomischer Ebene für fatal ahistorisch.
Bildungsbürgerinnen protestieren und empfehlen: R. Hilberg lesen! Und es ist doch eher peinlich, wenn dies unter der Prämisse geschieht, sich selbst ausführlich informiert zu haben, anderen Frauenzusammenhängen aber eben das streitig zu machen. Selbstverständlich richtet sich dieser Vorwurf auch an die Rote Zora, wenn gefordert wird, daß nur eine gründliche Auseinandersetzung mit Geschichte die Grundlage für eine produktive Diskussion sein kann (Seite 12).
Es läuft uns nicht nur kalt den Rücken runter, wenn der Vorwurf der "Übernahme der völkischen und religiösen Konstruktion von den Deutschen und den Juden an sich" (S.13) gemacht wird, an anderer Stelle aber von "Jüdische(n) Kapital" und den "jüdischen Menschen schlechthin" (S.17) oder der "jüdische(n) Bourgeoisie" (S.19) gefaselt wird oder gar die Behauptung im Raume steht, "... der Zionismus und die daraus entwickelte Vorstellung eines zionistischen Staates sind keine Reaktion auf den Antisemitismus, sondem das ergänzende Gegenstück." (S.19). Auch wir empfinden in vielen Punkten, deren Ausführung wir jetzt nicht machen wollen, die Diskussion um Antisemitismus und Zionismus als unbefriedigend, jedoch lehnen wir eine derart platte aber richtungsweisende "Analyse" schlichtweg ab. Indiskutabel wird es desweiteren, wenn auf S.20 geschrieben steht, daß bewußt dieselben politischen Mechanismen zur Täterentlastung angewendet werden, wenn entweder hier MigrantInnen angegriffen oder ermordet oder PalästinenserInnen in der Moschee von Al Khalil umgebracht werden.
Anhand eines letzten knappen Beispieles wollen wir kurz skizzieren, welche inhaltlichen Schwierigkeiten wir zwar mit Kritiken des "Perspektive"-Papiers haben, wo wir aber auch im Ausgangstext weiterführende Diskussionen vermißt haben.
Die Frauen/Lesben formulieren zu dem Abschnitt "Frauenhandel" wie folgt:
"Weiße Frauen - wollen sie das System von weltweiter Frauenvernichtung...angreifen (Erg.: wirklich angreifen) - können sich nicht auf die Ebene helfender Einzelinterventionen zurückziehen... Folgten wir der dort (in dem Papier) beschriebenen Argumentation, so hieße das, keine eigene Initiative mehr zu erbringen, die Verantwortung abzugeben...
Das Heiratshandelsbusiness ist ein Ausdruck des imperialistischen Patriarchats. Den Angriff einzustellen ist alles andere als praktischer Antirassismus..." (S.3)
Nach der freundlichen Belehrung, daß Frauenhandel Teil des imperialistischen Patriarchats ist und der Meinung, daß formuliert worden wäre, daß der "Angriff" eingestellt wird, schließt sich für uns als erstes die Frage an: Was ist für die Schreiberinnen "Angriff"? Und wieso "eingestellt"? Uns kommt es so vor, als ob "Angriff" mal wieder nur als ausschließlich militante Aktion definiert wird (allerdings ist für uns auch nicht unbedingt jede Sprühaktion ein "Angriff").
Alles unterhalb des nicht definierten "Angriffs", unterhalb als immanente Wertung der Schreiberinnen, ist wohl "Reformismus"?
Diese Haltung finden wir auf Seite 4 gleich noch einmal:
"Wohlgemerkt, wir sind nicht gegen solche Protest- und Widerstandsformen, wie sie die Rote Zora aufzählt. Es ist sehr wichtig, Strukturen zu schaffen, damit Migrantinnen hier illegal leben können. Als strategische Orientierung sind die gemachten Vorschläge allerdings unbrauchbar, weil damit im besten Falle eine Aufschiebung oder Abmilderung der Realität im herrschenden System erreicht werden kann, d.h. bestenfalls (!!) ein reformistisches Einwirken auf die herrschenden Bedingungen."
Wir halten es für eine spannende Diskussion, da wir nunmal Lichtjahre davon entfernt sind, Offene Grenzen, freies Aufenthaltsrecht etc. durchzusetzen, was es für Vorstellungen darüber gibt, wie ein Kräfteverhältnis in der BRD aussehen würde, in dem wir diese Forderungen durchsetzen könnten...
Sind und bleiben das unter dem Aspekt "reformistische" Forderungen?

Was sind dann im Gegenzug "revolutionäre" Forderungen? Die, die das "Gesamt-System" zum Ausgangspunkt haben? Z.B. "Zerschlagen wir die NATO"?
Wie definieren wir als Feministinnen überhaupt die Bedeutung des Wortes "reformistisch" und "revolutionär"? Was müßte inhaltlich geklärt werden, um das objektiver, anhand von Kriterien bestimmen zu können?
Ansonsten halten wir es in dieser Frage mit diversen älteren Herren der revolutionären Bewegung, die da sagten, eine revolutionäre Bewegung, die nicht in der Lage ist, dem Volk was zu essen zu verschaffen oder Schuhe für die Kinder, kann sich seinen revolutionären Anspruch von der Backe kratzen.
Dem Papier der Roten Zora ist anzumerken, daß sie die Theorie und die Reflexion für zukünftige Praxis aller strapazieren und bemühen. Wir denken, das sollte auch das Verhältnis dazu sein. Theorie die v.a. aus Phrasen besteht und keinerlei Praxisansatz vermuten oder aufblitzen läßt, dafür aber kräftig austeilt, löst bei uns nur Achselzucken aus. Geschenkt, Genossinnen.

Was hatten die Zoras geschrieben, was derart Unmut erregen und zu derart wilden Spekulationen und Befürchtungen Anlaß gab?

"Weil wir die Ursachen des Frauenhandels und Sextourismus nur als Herrschaftssystem gesehen haben und nicht als Wechselverhältnis zwischen den sich wehrenden Frauen als Subjekte und den Ausbeutenden, richtete sich unser Eingreifen nur darauf, die Sexgeschäfte zu unterbinden

(Anmerk. Sie griffen die philippinische Botschaft und zwei Frauenhändler an). Damit übergingen wir die betroffenen Frauen...
In dieser Sichtweise verliert sich die Kenntnis, daß administrative Einschränkungen und Verbote die Sexgeschäfte nicht verhindern, sondern eher in die Illegalität abdrängen, was für die darin beschäftigten Frauen noch miesere Arbeitsbedingungen bedeutet. Bei Aufdeckung illegaler Händlerringe werden ja zuallererst die Frauen abgeschoben, sie haben keinerlei Rechte hier...
In einem klandestinen Angriff auf Frauenhändler sehen wir im Moment nicht vorrangig das geeignete Mittel, die Frauen zu unterstützen, eher durch eine offensive Präsenz von FrauenLesben an den Orten, wo die Frauen ankommen oder sich aufhalten oder von wo sie abgeschoben werden sollen (z.B. Flughäfen). ...
Eine weitere Möglichkeit ist auch, den Frauen, die aus diesen Zwangsverhältnissen raus wollen, Verstecke zu bieten, ihnen hier den Aufenthalt zu ermöglichen (z.B. mit Papieren, Geld, für eigenständiges Aufenthaltsrecht kämpfen...
Bei allen Aktionen müssen die Interessen der Frauen im Mittelpunkt stehen. Ihre Entscheidungen zu respektieren ist Voraussetzung für jede praktische Solidarität..." (S.13)
Den Ansatz der Selbstkritik finden wir richtig. Die Diskussion, wie von uns bestimmte Solidaritätsaktionen aussehen müßten, ist noch lange nicht zu Ende bzw. muß immer wieder neu aufgeworfen und reflektiert werden, wenn es bspw. darum geht, eine internationale Struktur wie den Frauenhandel, weltweiten Arbeitsmarkt für Arbeitskräfte, Körper, Organhandel usw. anzugreifen und andererseits den Frauen real zu nutzen und zu "helfen", sie zu unterstützen. Uns ist nicht bekannt, ob es in letzter Zeit dazu schon breiter effektiv geführte Diskussionen in Frauen/Lesbenzusammenhängen gegeben hat.
Beim Zora-Papier fehlt uns in diesem Abschnitt eine ausführlichere Analyse der internationalen ökonomisch-politischen Struktur, die die Organisierung von Frauenhandel und Sextourismus aufschlüsselt und von dieser ausgehend mögliche Handlungsansätze erkennen und vorschlagen läßt. So wäre es möglich, Aktionsformen unterschiedlich zu bestimmen, je nachdem, ob Händlerringe, Reiseveranstalter, Botschaften, Fluggesellschaften, institutionelle Ebenen gestört oder empfindlich getroffen werden sollen. So könnte bei jedem Punkt der Struktur anhand der Bedeutung (und Möglichkeiten) überlegt werden, was politisch am sinnvollsten wäre. (Bei Fluggesellschaften z.B. fänden wir sehr unterschiedliche Aktionen gut, am besten eine Kombination, die von öffentlichen Veranstaltungen bis hin zu anderen Ufern führt.)

Nun zu unserem zweiten Teil, etwas "eigenem" sozusagen.
Wir fanden den Teil in dem Zora-Text zu Macht, Seite 7-9, recht unverständlich und wollen dazu unsere Position aufschreiben.

Frauen-Macht? Frauen-Macht!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

Für uns ist jede Form der Organisierung eine Option auf Machtgewinn, -erweiterung.
Macht ist für uns, Möglichkeit der Einflußnahme, der Gestaltung von Zeit und Raum, Macht ist Definitionsmacht.
Logischerweise sind wir als Frauen, als radikale, feministische Frauen mit Option auf revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse mit Macht in verschiedener Gestalt konfrontiert - von einzelnen Männern, Staatsapparat, ökonomischen Zwangsverhältnissen - und müssen Bedingungen schaffen, Überlegungen anstellen, wie diese Macht zurückgedrängt werden kann, wie wir den erkämpften Raum für uns nutzen, ausweiten, ausbauen können.

Dieser Prozeß ist enorm vielschichtig, schließlich ist die Verfügungsgewalt in einer patriarchalen Gesellschaft umfassend und von Geburt an wirksam - Sie begegnet uns an jedem Punkt unseres Daseins.
Unser Schlachtfeld verläuft sowohl individuell als auch kollektiv vom Kampf um unsere körperliche und seelische Unversehrtheit, vom Kampf um unsere Utopien, Vorstellungen, unabhängig von Männern, Männerideen bis hin zu vielfältigen Aktionen gegen die staatlichen Institutionen, die wir als Verantwortliche für Not und Elend hier und weltweit benennen.

Dieser Kampf bedeutet auch, sich mit der durch die patriarchale Sozialisation ebenfalls verinnerlichten Frauenverachtung auseinanderzusetzen. Frauenverachtung ist uns so eingeimpft worden, daß sie sich oft sehr unbemerkt von hinten wieder anschleicht. Dann sind schnell doch eher männliche oder gemischte Dinge weitaus wichtiger, interessanter, revolutionärer, radikaler, miltanter (beliebig fortsetzbar...) als diejenigen, die in FrauenLesbenzusammenhängen passieren (Leider wieder mal nicht so "weit". Wer setzt da die Norm verdammt?)
Wir wollen betonen, daß wir Frauen nicht per se als machtlose Wesen sehen. Erst einmal sind sie sehr verschieden jeweils bzgl. Herkunft, Klassenlage usw., ebenso entwickeln Frauen auch sehr wohl in unterdrückenden und ausbeutenden Bedingungen individuelle Stärke und dadurch eine Form der Macht. Das nicht zu sehen würde den Opferstatus festschreiben, der für uns weniger Grundlage unserer gemeinsamen Organisierung sein soll, als vielmehr die unterschiedlichen Stärken, die Frauen besitzen und ihr Überleben ermöglichen
Wir propagieren das Schaffen von sozialen, politischen und ökonomischen Zusammenschlüssen von Frauen, weil sie für uns unabdingbare Voraussetzung sind, um der Wirksamkeit des staatlichen, ökonomischen, rassistischen und sexistischen Terrors etwas entgegenzusetzen. Jede Organisierung ist damit ein Prozeß des Machtaufbaus. Ganz objektiv, da es Ziel des Ganzen ist. Das Problem bei jeder Organisierung ist dann, inwieweit eine Organisation in der Lage ist, sowohl nach innen - als Struktur - wie nach außen, in der Wirkung, Macht zu thematisieren, zu reflektieren.
Aber erstmal betonen wir: Wir organisieren uns, um die Macht zu haben, die Realität in unserem Interesse zu bestimmen, zu verändern. Ohne Macht läuft gar nix - Das macht unser enormes Interesse daran aus. Die Machtfrage stellen sehen wir z.B. in dem Zusammenhang, wie wir es oben bei den Frauenhändlern thematisiert haben. Wir werfen alles von uns in die Waagschale, um bestimmte Forderungen wie "Freies und eigenständiges Aufenthaltsrecht" durchsetzen zu können. Ansonsten sind Machtdemonstrationen, also Kämpfe, die für uns positive Prozesse/Ergebnisse zur Folge hatten - und wenn es nur ist zu zeigen, daß viele sich nicht runterkriegen lassen und solidarisch sich gegenseitig den Rücken stärken mit der festen Hoffnung, daß wir wieder mehr werden und auch wieder zu mehr in der Lage sein werden - Kämpfe, die eine emanzipative Vorstellung vermitteln, also Werte jenseits der herrschenden Normen extrem befreiend und ermutigend für andere. Und diese Faszination wollen wir natürlich so oft und so machtvoll wie möglich vermiteln.
Es gibt für uns keine Möglichkeit, sich außerhalb dieses Verhältnisses "Macht-Gegenmacht" zu stellen. Nur in philosophischer Art und Weise, wie es in dem Text geschehen ist. Aber indem dort gesagt wird: "Den Prozeß, den wir wollen, nennen wir nicht Aufbau von Gegenmacht" geschieht für uns nach der richtigen Problematisierung der Möglichkeit von Machtmißbrauch ein Sich-Stehlen aus der weiteren Diskussion. Das macht auch den defensiven Eindruck aus, obwohl ja eigentlich gerade diese Form der Organisierung das Schaffen einer Offensiv-Position ermöglicht!!!
Das Problem muß unserer Meinung nach inhaltlich wie praktisch diskutiert und nach Lösungsmöglichkeiten abgeklopft werden.
Das heißt, jede Struktur muß sich überlegen und ständig reflektieren, ob ein interner Machtaufbau stattfindet und dafür Lösungsmodelle entwickeln: Rotation von Delegierten z.B.. Es sollten ganz klare Vorgaben gemacht werden, in welcher Richtung Beschlüsse gefaßt und weitergegeben werden. Dafür muß es Gremien geben, die auf der einen Seite solche Prozesse innerhalb von Strukturen kontrollieren. Wie es genau aussieht hängt am meisten davon ab, wie viele Frauen sich unter welchen Voraussetzungen organisieren wollen. Gremien müssen geschaffen sein, wo zwar Linien, Ideen vordiskutiert, strukturiert werden, aber von der Basis, den einzelnen Frauen/Gruppen her diskutierbar und veränderbar sein müssen.
Das sind konkrete Diskussionen, wir finden sie sehr wichtig. Allerdings kennen wir leider nur sehr wenig Beispiele aus der feministisch-radikalen Ecke, wo ernsthafte Organisierungsansätze gewesen wären. Wenn es da Erfahrungen gibt, jenseits der eher diffusen Strukturen, die es alle Jahre wieder anhand eines Ereignisses wie WWG, IWF gibt, wäre es gut, wenn sie zur Diskussion gestellt würden.

Inhaltlich muß es ständig die Hinterfragung geben: Welche Interessen vertreten wir. welche implizierten Normen schwingen damit mit, vollziehen wir mit diesen Normen eine Abgrenzung zu anderen, was herrschenden Normen entspricht (Norm gleich hetero, weiß, "gesund" etc.), was ist bewußte Abgrenzung und stehen wir da nach wie vor dahinter, dazu? (zu CDU-Frauengruppen z.B.).
Bei jedem Organisationsansatz muß geklärt werden, wie eine ständige kritische Reflexion gewährleistet werden kann.
Die radikale Frauenbewegung müßte in Zukunft unserer Meinung nach sich in die Richtung bewegen, v.a. regional inhaltliche Schwerpunkte zu setzen, dabei darauf achten, an welchem Punkt übergreifend an einem Strang gezogen werden kann, werden muß. Über kurz oder lang kommen wir nicht darum herum, Strukturen zu schaffen, die die Stoßrichtung und Perspektiven der Ansätze zusammentragen, die gemachten Erfahrungen auswerten und daraus Schlüsse und v.a. Konsequenzen ziehen. In welchem Verhältnis dann regionale zu überregionalen Initiativen/Strukturen stehen werden - oder zu internationalen - wird zu entwickeln sein.

Klar ist für uns, daß es kein Weg wäre, das anhand eines Themas zu machen, von Antifa bis Gen- oder Repro, daß es auch nicht eingebettet sein kann in eine Kampagne wie schon erwähnten WWG.
Sondern daß es neben den sinnvollen Zusammenschlüssen anhand der Schwerpunkte noch etwas anderes geben muß – jenseits von Frauenpartei oder ähnlichem.
Vielleicht sind die Zeiten wirklich so schlecht, daß alle in ihren Regionen froh sind, wenn sie eine kleine Gruppe zusammenkriegen. Aber auch die Organisierungsdiskussionen, die in diesen Gruppen laufen, wären wichtig für eine übergreifende Struktur, selbst wenn sie erst übermorgen angegangen wird und nicht schon heute.
An dem Text der Roten Zora kritisieren wir, daß er zu allgemein und dadurch tendenziell wirr wird, da unverständlich bleibt, was nun damit gemeint ist. Z.B. wird bei den Konsequenzen auf Seite 8 als erster Punkt gesagt: "Angriffsziele nicht nach politisch-militärischen Kategorien zu wählen".
Diese Konsequenz ist uns unverständlich. Natürlich werden Angriffsziele politisch-militärisch gewählt. Wenn ihr eine Praxis im Auge habt, die eine militaristische Herangehensweise hat, müßt ihr das an einem Punkt konkret machen und erklären. Oder anhand einer Gruppe oder einer Aktion, wo offensichtlich das militärische über dem politischen gestanden hat.
Es wird weiter formuliert (kurz darüber), daß sie keine arbeitsteilige Form wollen, wie eine "unter Waffen stehende Frauenarmee". Auch das ist uns zu knapp. An anderer Stelle steht auch, daß der Druck, für die Existenz immer mehr arbeiten zu müssen, immer größer wird. Wie soll das perspektivisch alles zu leisten sein, wenn nicht mit einer gewissen Arbeitsteilung? Ist Arbeitsteilung per se etwas negatives? Wir denken nein. Es kommt viel mehr darauf an, eine Diskussion über oben genannte Punkte zu organisieren und darin den Frauen den Raum zu lassen, sich für einen konkreten Platz zu entscheiden in/für die Aufgaben, die anstehen. Wie dann Hierarchien vermieden, reflektiert und bekämpft werden, wird eine konkrete Aufgabe und Anforderung sein. Sie ist nicht aus der Welt zu schaffen, indem sie verbal nivelliert wird.
Vieles, was wir schreiben, ist vielleicht dem ähnlich, was in dem Papier -auch- gemeint war. Oft waren wir uns unsicher, wie was nun zu verstehen ist. Wir haben es nicht aufgeschrieben, um eine "Gegenposition" aufzubauen, sondern um die Diskussion zu führen. Es wäre gut, wenn sich viele Frauen einmischen würden.

Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Erika Hohnick und Genossinnen



Viele Grüsse und Küsse an die Rote Zora!!!!!!

Spekulantenvillen und eine Baustelle in Treptow sind am 29.3.94 von uns besucht und farblich verziert worden.
In ihren Villen in Zehlendorf hausen die Spekulanten:

Dieter Graalfs, Hagenstr. 51 a

Ingrid Theisinger - Schröder, Auf dem Grad 46 und
Klaus Groenke, Miquelstr.84

Sie sind 3 von vielen Geldsäcken, die aus der Spekulation mit der Ware Wohnraum dicke Profite schlagen und sich Villen im Grunewald und noch vieles unnützes mehr leisten können.
Auch sie verdienen am Umbau Berlins zur Dienstleistungsmetropole, Regierungssitz und neuer Hauptstadt für Yuppies,Bonzen und Beamte. Menschen mit geringem Einkommen und Unangepaßte - Anders liebend Lebende sollen gefälligst Platz machen und aus den citynahen Bezirken an den Rand der glitzernden Großstadt gedrängt werden. Billiger Wohnraum wird zerstört, statt dessen schießen Bürokomplexe, Hotels und teure Appartementwohnungen aus dem Boden.Genau daran verdienen auch:

Dieter **G R A A L F S** . Er und Klaus Groth - das bekannte Spekulantenduo - haben seit mehr als 10 Jahren eine Unzahl von Abschreibungsgesellschaften (sog. GmbH & CO KGs) gegründet. Sie bieten einer Masse von KapitalanlegerInnen Steuerabschreibungsmöglichkeiten. Mit diesen Millionen investieren Groth & Graalfs in den gewinnbringenden Wohnungsneubau. Ob " sozial", frei finanziert oder Eigentumswohnungen - die Miete fließt direkt in die Taschen dieser Spekulanten.Ihr größtes Projekt ist im Moment der Wohnungsneubau in Karow,für 2,5 Mrd entsteht dort das größte Wohnungsbauprojekt in der Ex-DDR.Bezeichnend für ihre Machenschaften ist auch der jahrelange Versuch, die MieterInnen aus der Neuköllner Weisestr. zu vertreiben, um dort einen profitableren Neubau hinzuhauen.

Für die Enteignung aller Spekulanten !

Wohnraum darf nicht Ware sein !!

Ingrid **T H E I S I N G E R - S C H R Ö D E R**. Die Rechtsanwältin gehört zu den "ganz normalen" Villen-BewohnerInnen, die zu viel Geld haben und es deswegen in diversen Spekulationsgeschäften anlegen, um es noch zu vermehren! Unternehmensberatung, Kapitalbeteiligungsfirmen, Vermögensverwaltung, Immobiliengeschäfte, ...
z.B. will sie zusammen mit Dietrich Garski am Rausschmiß von 60 MieterInnen verdienen - in der Yorckstr. 59.Ihr gehört die Labani GmbH, die die Miete dort mehr als verdoppeln und so zur Umstruckturierung Kreuzbergs beitragen will: "sozial Schwache " raus, Yuppies und gewinnbringende Dienstleistungsfirmen rein.
Auch die "kleinen" Miethaie sollen in Zukunft nicht mehr in Ruhe ihren miesen Geschäften nachgehen können - zerren wir sie zwischen ihren protzigen Villen, Geldschränken und Nobelkarossen hervor an die Öffentlichkeit!!!

Klaus **G R O E N K E** und Axel **G U T T M A N N** (Starstr. 5) sind die Drahtzieher des Klingbeil (jetzt TRIGON) - Imperiums, seit Jahren eines der größten im Berliner Bausumpf. Vom Hauptsitz Ihrer rund 300 Firmen, Kleiststr. 3 - 6, betreiben sie ihre Spekulationsgeschäfte mit Wohnraum, investieren in der Ex-DDR (z.B. kauften sie die 30 Hotels der DDR-Kette "Interhotel") und stecken ihre Profite in Kaufhaus- und Bürokomplexe.
Z.B. Das Dienstleistungszentrum "Schlesischer -Busch" mit Hotel (Bauvolumen 25o Mio.).Das damalige Gebäude in der Puschkinallee wurde 1992 kurzzeitig besetzt - Klingbeil ließ sofort räumen und abreißen!An diesem Bau ist auch die Penz-Firma "Eltec" (Elektroanlagen)beteiligt.

FÜR SELBSTBESTIMMTE WOHN- UND LEBENSRÄUME ! !

ENTEIGNUNG ALLER SEKULANTEN UND HAUSBESITZER ! !

Erklärung

Die Vorgeschichte:
Am Montag, den 6.6.94 gegen 7.30 Uhr wurden die BewohnerInnen des besetzten Hauses Palisadenstr. 49 durch Beben und Hämmern aus dem Schlaf gerissen. Grund für diese unfeine Art des Weckens war der Möchtegernhausbesitzer Peter Hellmich, der eine Baufirma angeheuert hatte, das Haus von seinen BewohnerInnen zu räumen.
Dieser Art Bitte, das Haus zu verlassen konnte seitens der BewohnerInnen nicht entsprochen werden und folgerichtig wurden die doch etwas grobschlächtig auftretenden Bauarbeiter hinauskomplimentiert, die diesem Anliegen blitzartig (so ein Flugblatt der BewohnerInnen) folge leisteten. Bravo Palli!

Der Hintergrund
Daß HausbesitzerInnen weder barmherzige Samariter, noch sozial engagierte WohltäterInnen sind, daß sie Häuser einzig und allein zum Zwecke der finanziellen Bereicherung besitzen, brauchen wir hier nicht nocheinmal zu sagen, denn das ist keine aufregend neue Enthüllung, das ist einfach klar.
Weniger gewöhnlich ist die Form, in der HausbesitzerInnen versuchen, neuerdings ohne auch nur den Schein eines rechtlichen Vorgehens zu wahren, ihre Gier nach Profit zu besänftigen. Da werden dann schon einmal paramilitärische Sicherheitsdienste aus dem Bereich der organisierten Kriminalität gemietet, um z.B. wie in der Rigaerstraße ein besetztes Haus anzugreifen und eine Räumung zu versuchen. Oder aber, und darum geht es uns hier, ein drittklassiger Unternehmer in Sachen Installateurbedarf namens "Peter Hellmich" mit Meldeadresse in der Landsberger Allee 22 Vorderhaus, 3. Stock links in Berlin/Friedrichshain und Firmensitz in der Kraustraße ebenfalls in Fhn. beauftragt die offensichtlich für jede Schweinerei käufliche Baufirma "Thomas Giese - Abriß und Abfuhr, Handarbeit" mit Adresse in Berlin 27, Heiligenseestraße 158 um für ihn die Drecksarbeit zu machen, d.h. die BewohnerInnen auf die Straße zu werfen.

Die Moral
Angesichts dieser Verkommenheit erscheint uns ein Gegenpol in Form von besetzten Häusern umso wichtiger, in denen versucht wird, entgegen den HERRschenden Verhältnissen selbstbestimmt und antihierarchisch zu leben. Eben ohne krankhafte Profitgier wie die des o.g. Peter H. und ohne die Verantwortungslosigkeit des "Handarbeiters" Thomas G.
Daß solcherart Versuche nicht Deckungsgleich mit den Interessen von ImmobilienhändlerInnen, HausbesitzerInnen oder sonstiger Kapitalisten sind, ist eine BäurInnenweisheit, die so alt wie wahr ist. Es liegt also auf der Hand, daß die oben genannte Gruppe unsere Vorstellungen von Gesellschaftlichkeit tatkräftig ablehnen muß, springt doch für sie kein Gewinn dabei raus. Oftmals eben auch unter Zuhilfenahme der in den Beispielen genannten organisierten Kriminalität.
Ebenso und auf der selbigen Hand liegt aber auch die Notwendigkeit unsererseits jenen Fingern, die da ob privater oder staatlicherseits sich an unseren Freiräumen vergreifen gehörig was auf die Pranken zu pochen.

Der Showdown
Langer Rede kurzer Sinn, wir haben heute Nacht dem drittklassigen Möchtegernhausbesitzer und Installateurbedarfshändler Peter Hellmich den schmuck anzusehenden LKW seiner Firma eingeäschert, auf das er hoffentlich Schwierigkeiten mit seinem Handel bekomme und gleichzeitig über sein Handeln nachdenke.
Nicht gänzlich ohne pädagogische Maßnahmen wollten wir den käuflichen Bauunternehmer Thomas Giese "Abriss und Abfuhr - Handarbeit" lassen, so daß wir ihn in selbiger Nacht besuchten und mittels eingeschlagener Scheiben und hinterlassener Buttersäure darauf aufmerksam machten, daß seine letzte Handarbeit wohl eher ein Griff ins Klo war und daß er zur Abwechslung mit einer Schwerpunktverlagerung von der Hand in den Kopf gut bedient wäre.

Palli pleipt!
Marchstraße räumen? - Arschlecken!

ASS (Autonomer Sicherheitsdienst Solidaritad)
Sektion FreundInnen/UnterstützerInnen der Palli
10.August 94

Entschuldigung für die Verspätung.
I.

Daß du dich wehren mußt,
wenn du nicht untergehen willst,
das wirst du doch einsehen.

Jetzt gibt's ne neue Schallplatte zur Unterstützung der gefangenen Antifas mit den Bands:

FRIENDS OF BARNEY (Berlin)
SLIMY VENEREAL DISEASES (Pforzheim)

Sämtliche Erlöse aus dem Verkauf der Platte gehen an die UnterstützerInnen der gefangenen türkischen und kurdischen Antifas aus Berlin.
Gibt's in Info-oder Plattenläden oder bei:

Brigade der besten Qualität
Wrangelstr.90
10997 Berlin

Die Sommerpause ist vorbei.

Trotz mieser Witterungsbedingungen konnte im Wagensporteröffnungsspiel der zweiten Saisonhälfte 1994 ein klarer Sieg gegen ein Mercedes S-Klasse Cabriolet errungen werden. Obwohl die gegnerische Mannschaft in Kreuzberg patroulierende Uniformhools einsetzt, konnte unser Team nicht verunsichert werden und verwandelte in der Nacht zum 26. August die 100 000 DM Bonzenschleuder in ein qualmendes Wrack.
Wir haben dabei die von Klasse gegen Klasse veröffentlichte Zeitverzögerunstechnik eingesetzt. Das hat unserem Team die Taktik erlaubt mit einem kurzen Bodycheck in der ersten Spielhälfte den Brandsatz unter dem Wagen der gegnerischen Mannschaft abzulegen. In der zweiten Spielhälfte konnte sich unser Team beruhigt zurückziehen und auf Zeit spielen.
Doch Achtung, die Zeitverzögerung beträgt mindestens 30 Minuten, so daß für diese Spieltaktik keine mobilen Gegner in Frage kommen!
Deshalb bestand die zweite Spielhälfte vor allem daraus sicherzustellen, das der gegnerische Wagen nicht verduftet.
Ist er nicht.

Gegen die Hauptstadt.
Den Breitensport entwickeln.

Mit einem Lächeln im Gesicht

Wagensportclub Autonomer Feierabend, Gruppe technische Erneuerung

Anklage gegen Kasseler Antifaschisten

Die Repressionswelle gegen antifaschistische Zusammenhänge in der BRD geht weiter Nach den Festnahmen und Ermittlungen in Berlin gegen Antifasist Genclik, den hohen Strafen gegen Gunther in Wiesbaden und gegen die ArolserInnen sowie die Razzien und Ermittlungsverfahren in Göttingen und zahlreichen weiteren Ermittlungsverfahren wurde am 14 7 94 Anklage gegen einen Antifaschisten aus Kassel erhoben Er ist angeklagt wegen schweren Landfriedensbruch, versuchter schwerer Körperverletzung, schwerer Sachbeschädigung sowie wegen Verstosses gegen das Versammlungs- und Vermummungsgesetz. Die Anklage stutzt sich einzig und allein auf die Aussage von zwei Zivibullen

Am 27 12 92 konnte in Meschede (Hochsauerlandkreis) eine genehmigte Gegendemonstration aus dem Umfeld der "Sauerlander Aktionsfront" (SAF) und der Anti-Antifa, die sich laut Polizeibericht gegen eine Demonstration der "Jungen Union" Hochsauerlandkreis richtete, verhindert werden Die ca 30 FaschistInnen konnten von 200-250 Antifas an ihrem Vorhaben gehindert werden, eine Demonstration mit anschließender Kundgebung in der Innenstadt von Meschede abzuhalten. Obwohl die FaschistInnen von PolizeibeamtInnen geschützt wurden und sich vor bzw im Eingangsbereich der Mescheder Polizeiwache verschanzten und mit Leuchtpatronen auf AntifaschistInnen schossen, konnten sie für diesen Tag am öffentlichen Auftreten gehindert werden Wie so oft richtete die Polizei ihr Augenmerk auf die AntifaschistInnen, in einem Fall sogar mit gezogener und auf einen Antifa gerichteter Dienstwaffe Daß die Polizei keinerlei Probleme mit den FaschistInnen hat, zeigte sich schon am 18 7 92 als FaschistInnen aus dem ganzen Bundesgebiet anreisten, um in Meschede an der ersten Anti-Antifa Demonstration uberhaupt teilzunehmen Anwesend waren unter anderem Thomas Wulff und Christian Worch von der "Nationalen Liste" in Hamburg sowie Michael Petri
Um die FaschistInnen nicht erneut ungestort in Meschede aufmarschieren zulassen, gab es diesmal eine antifaschistische Gegenmobilisierung Nach einer kurzen Auseinandersetzung mit den FaschistInnen vor der Polizeiwache wurde eine Spontandemonstration mit einer Abschlußkundgebung in der Innenstadt durchgeführt. Drei Antifaschisten wurden auf dem Weg zu ihren Autos von der Polizei eingekreist und festgenommen Der jetzt Angeklagte wurde direkt nach seiner Festnahme eineinhalb Stunden verhört und dabei massiv von der Polizei unter Druck gesetzt Unter anderem versuchten sie ihn mit scheiß Sprüchen, wie "so einer wie Du wird bestimmt im Knast vergewaltigt" einzuschuchtern
Die Anklage stützt sich einzig und allein auf die Aussagen der beiden Zivibullen, die den Kasseler Antifaschisten festgenommen haben. Die Vorwurfe sind frei erfunden und haben mit dem tatsachlichem Ablauf der Ereignisse nichts zu tun Von der ersten Minute an zeigten die beiden Zivilbeamten großes Interesse, den Angeklagten in Untersuchungshaft festzuhalten, was aber vom Haftrichter abgelehnt wurde
Wir fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens und der Anklage!
Ein Prozeßtermin steht noch nicht fest, aller Voraussicht nach wird er nicht vor Mitte Oktober angesetzt werden Für Anwalts- und Prozeßkosten wird dringend Geld benötigt Da die Polizei allein für eine beschädigte Bullenkarre 6 000 DM haben will, sind Kosten von mehr als 10 000 DM nicht unwahrscheinlich

Kassel - August 1994

Spendenkonto H J Laube, Stadtsparkasse Kassel, BLZ 52050151, Konto-Nr 3920691

Keine Kriminalisierung des antifaschistischen Widerstandes!

Soligruppe Kassel
c/o Autonomes Zentrum Bazille
Sickingenstr 10
34117 Kassel

Faschohaufen in Prenzlauer Berg vertrieben
-ein Tropfen auf dem heißen Stein.

In der Nacht vom 19 auf den 20 August sammelten sich gegen 24:00 Uhr ca 30 Skins und Hools, unter denen auch bekannte Faschisten erkannt wurden, in der Sredzkistr/Ecke Husemannstraße Vor dem Spielzeugladen "Knallfrosch" formierte sich der Haufen Ein Teil postierte sich paarweise an den Straßenlaternen, der Rest bildete vor dem Hauseingang, der zu der Hinterhofkneipe "Bär" führt, eine Gruppe und schickte einen der Ihren hinein, wohl um die Lage zu checken.
Diesem wurde mitgeteilt, daß sein Faschohaufen unerwünscht sei, was die Faschos zum Anlaß nahmen, einen Mann aus der Kneipe zusammenzuschlagen Anschließend bewegte sich der Haufen dann über die Knaakstr., Lychenerstr., Raumerstr in die Pappelallee und dort in die Kneipe "Leeways", wo sie sich ca eine Stunde aufhielten. Anschließend zogen noch ca 20 von ihnen zum Helmholtzplatz Dort trat ihnen eine Gruppe AntifaschistInnen entgegen, und schaffte es, sie in die Flucht zu schlagen
Dieser Vorfall muß im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe von Nazi-Aktivitäten im Prenzlauerberg in den letzten Wochen und Monaten gesehen werden Es handelt sich dabei sowohl um Übergriffe scheinbar eher unorganisierter Hooligans und rassistischer Schläger, als auch um organisierte Propagandaaktivitäten der faschistischen "FAP".
So kommt es relativ regelmäßig zu Plakat und Flugiaktionen mit bis zu 20 Nazis. Diese Propagandaaktivitäten häufen sich seit dem versuchten FAP Aufmarsch am 1 Mai in der Grellstraße und finden hauptsächlich in der Greifswalderstr., im Bötzow-Kietz und in der Grellstr. und Umgebung selbst statt.
Es ist allerhöchste Zeit, gemeinsam die Faschisten und allen voran die FAP zurückzudrängen
Kampf dem Faschismus, Rassismus und Sexismus auf allen Ebenen

einige autonome AntifaschistInnen aus Prenzlauerberg

Einladung zum Vorbereitungstreffen für die Demo am 8.10.

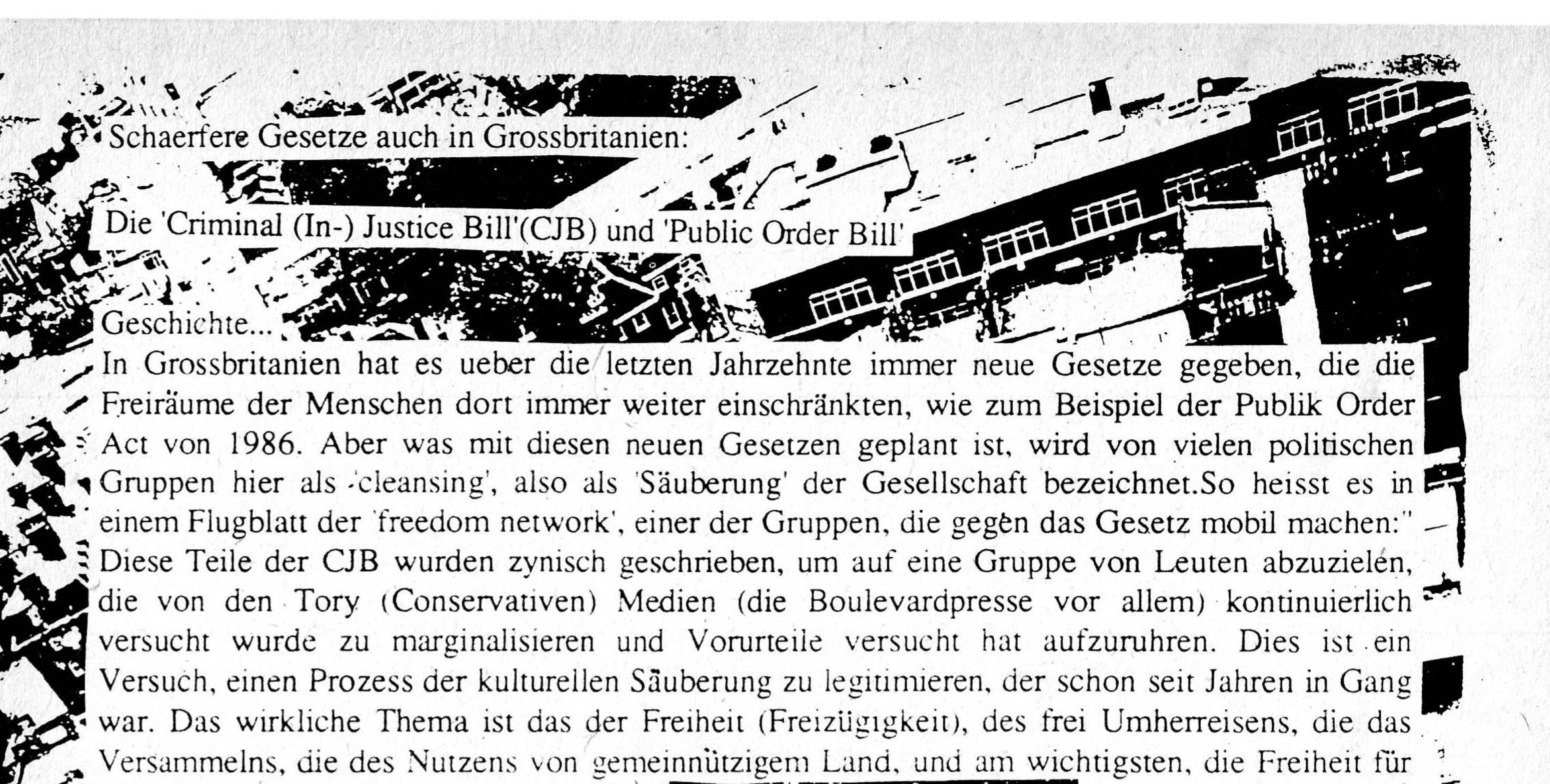
Guten Tach!

Wie einige von Euch vielleicht schon mitbekommen haben wird es am 8 10 eine breite Bündnisdemo zum Anlaß der Bundestagswahlen geben Die Antifa Jugendfront hat diese Demo initiiert An der Spitze wird ein (Jugend-)Antifablock mit eigenem Lauti laufen, dem dann die anderen Gruppen aus dem linken/linksliberalen Spektrum folgen
Wir haben uns zwar einen von oben aufgedrückten Termin zum Anlaß genommen, wollen aber mit unserem Block klarmachen, wie wir über Wahlen denken und zeigen, daß außerparlamentarische Organisierung wichtig und notwendig ist. Funktionieren kann die ganze Sache nur, wenn die AJF dabei nicht alleine steht. Wir sind darauf angewiesen, daß viele Gruppen/Menschen uns dabei unterstützen und diesen Block mittragen. Da wir uns noch über viele technische und inhaltliche Sachen klar werden müssen, laden wir alle Gruppen(-vertreterInnen) ein zum Vorbereitungstreffen

im Mehringhof (BL Salon oder Versammlungsraum)
am Freitag, dem 16.9.
um 19.00 Uhr

Kommt massenhaft!

Antifa Jugendfront Berlin
Mitgliedsgruppe der Antifaschistischen Jugend Bundesweiter Zusammenschluß (ajbz)
Demovorbereitung



Schaerfere Gesetze auch in Grossbritanien:

Die 'Criminal (In-) Justice Bill'(CJB) und 'Public Order Bill'

Geschichte...

In Grossbritanien hat es ueber die letzten Jahrzehnte immer neue Gesetze gegeben, die die Freiräume der Menschen dort immer weiter einschränkten, wie zum Beispiel der Publik Order Act von 1986. Aber was mit diesen neuen Gesetzen geplant ist, wird von vielen politischen Gruppen hier als 'cleansing', also als 'Säuberung' der Gesellschaft bezeichnet.So heisst es in einem Flugblatt der 'freedom network', einer der Gruppen, die gegen das Gesetz mobil machen:" Diese Teile der CJB wurden zynisch geschrieben, um auf eine Gruppe von Leuten abzuzielen, die von den Tory (Conservativen) Medien (die Boulevardpresse vor allem) kontinuierlich versucht wurde zu marginalisieren und Vorurteile versucht hat aufzuruhren. Dies ist ein Versuch, einen Prozess der kulturellen Säuberung zu legitimieren, der schon seit Jahren in Gang war. Das wirkliche Thema ist das der Freiheit (Freizügigkeit), des frei Umherreisens, die das Versammelns, die des Nutzens von gemeinnützigem Land, und am wichtigsten, die Freiheit für uns, zu wählen, wie wir leben wollen."

Die beiden geplanten Gesetze wurden im letzten Jahr angefertigt und gehen mittlerweile munter ihren Gang durch Unter- und Oberhaus, wobei sich die beiden Parteien (Tory und Labour) kaum in ihrer Zustimmung unterscheiden lassen. Obwohl erst befürchtet wurde, dass schon Ende Juli diese Gesetze in Kraft treten würden, ist die nächste Frist jetzt doch Oktober 1994 und es ist nicht ganz klar, wann genau es ernst wird. Egal, denn die 117 Clauseln in der Crimminal (In-) Justice Bill werden tiefgreifende Folgen für alle Gruppen in GB haben, und verstossen zudem gegen die Europäische Konvention für Menschenrechte und die UN Konvention über zivile und politische Rechte.

Was beinhalten diese Gesetze denn?

Mit der CJB sollen vor allem 4 Bereiche versucht werden einzuschränken:!

* SQUATTING (also Hausbesetzungen):

bis jetzt, eben bis dieses Gesetz durchkommt, ist in GB das Besetzen von Häusern legal(!!!) Mehr als 800.000 Gebaude stehen [illegible] leer und es gibt mehr als 60.000 Obdachlose in GB. Allein in London gibt es neben vielen [illegible] Leuten, die sich eben selbst ein Dach über dem Kopf suchen, was angesichts der extrem teuren Mieten ja auch kein Wunder ist, viele Familien und altere Leute, die einfach die Miete nicht mehr bezahlen können und deshalb 'besetzen'.Die CJB sieht vor, dass Besetzer innerhalb von 24 Stunden nach ihrem Gerichtsprozess ihre Bleibe verlassen müssen. Wird dem nicht nachgekommen oder Widerstand geleistet so wird die Polizei räumen und es ist zudem mit einem Knastaufenthalt von max. 6 Monaten zu rechnen oder einer Geldstrafe von umgerechnet 15.000 DM. (Klauseln 56, 57)

- VERSTÖST GEGEN DIE UN KOMISSION FÜR MENSCHENRECHTE VON 1993:

" Every wonman, man and child has the right to a secure place to live in peace and dignity."

*TRAVELLING (das Leben und Umherziehen im Bauwagen):

Das Umherziehen in Wägen hat in GB lange schon stattgefunden,was nicht nur an dem hohen Anteil an Sinti und Roma liegt. Die Haltung der Tory-Regierung gegenüber 'travellern' war schon früher ersichtlich: 1986 wurde ein Konvoi von 30.000 Leuten, die nach Stonehenge unterwegs waren von der Polizei angegriffen, wobei Wohnmobile zerschlagen und angezündet wurden, Leute aus den Wagen gezerrt und verhaftet wurden, Manner, Frauen, Kinder, was als 'Battle of the Beanfield' in die Geschichte einging.Das neue Gesetz sieht vor, dass Gemeinden keine Pflicht mehr besitzen sollen, Stellplätze zur Verfügung zu stellen, was den 'Caravan Sites Act' von 1968 ausser Kraft setzen würde. Zudem erhält die Polizei mehr Handlungsspielraum, um Wagen zu beschlagnahem sowie zu zerstören, die danngegen Geldbusse zurückerstattet werden können. Wird dem nicht nachgekommen, so muss mit 3 Monate Knast oder hoher Geldstrafe gerechnet werden. (Klauseln 45,46,51,58,59,60,61)

-VERSTÖST GEGEN ARTIKEL 13 DER MENSCHENRECHTSERKLÄRUNG: "Everyone has the right to freedom of movement and residence."

*PARTIES AND FESTIVALS (damit kann jede Party, aber vor allem wohl 'raves' und Musikfestivals gemeint sein):

Musikfestivals laufen in GB vor allem im Sommer ab, und ziehen einige 100 bis 1000te von Leuten an.'Raves' und freie Parties haben mit 'house' und 'hip hop' ihren Einzug gefunden. In der alternativen Szene sind beides wichtige Freiräume geworden und einfach nicht mehr wegzudenken.Aber gerade diese sowie alle grösseren Ansammlungen von Menschen sollen krimminalisiert werden.Eine 'illegale Ansammlung' kann aus mindestens 100 Menschen bestehen, die Musik mit repetitiven Rhythmen in der Nacht hören. Die Polizei hat die Macht, Leute,die sich innerhalb eines 5 Milen Radius der Veranstaltung befinden, wegzuschicken, die Musikanlage zu konfiszieren, sowie jede/n zu verhaften, der/die nach Meinung der cops an einer solchen 'illegalen' Veranstaltung teilnimmt, wartet daran teil zu nehmen, oder Vorbereitungen für die Veranstaltung trifft.3 Monate Knast sind auch hier zu erwarten oder £2500 Strafe. (Klauseln 47, 48)

-VERSTÖST GEGEN ARTIKEL 11 DER EUROPÄISCHEN MENSCHENRECHTSKONVENTION: "Everyone has the right... to freedom of association."

* PEACEFUL PROTEST (friedlicher Protest):

Die Klauseln in dem neuen Gesetz, die über den 'aggravated trespass' gehen, bedeuten für viele politische Gruppen, die für sich einen Protest des friedlichen Widerstandes gewählt haben, egal wie mensch jetzt darüber denken mag, werden damit eines wesentlichen Teils ihrer Aktionsmöglichkeiten durch deren Krimminalisierung beraubt. Das heisst, sobald sich jemand auf dem Land oder Gelände eines anderen befindet, mit der Intention eine 'lawful activity' (z.B. Jagen oder Strassen bauen) zu stören, was allein durch ein Transpi oder durch Sprechchöre sein kann, und dem Aufruf der cops das Gelände zu verlassen nicht nachkommt, mit 3 Monaten Knast oder Geldstrafe rechnen muss. Dies trifft vor allem Gruppen wie Earth First!, Hunt Saboteure und jede/n, der Protest friedlich äussern möchte, z.B. gegen Abschiebung, Tierexperimente, etc.. (Klauseln 52,53)

-VERSTÖST GEGEN ARTIKEL 11 DER EUROPÄISCHEN MENSCHENRECHTSKONVENTION: "Everyone has the right to freedom of assembly."

* RIGHT OF SILENCE (Aussageverweigerungsrecht):
Ein anderer Bereich, der 'mal eben mit dem 'Public Order Bill'- einem Gesetz, was mit dem CJB



durchzukommen scheint- abgeschafft werden soll, ist das Aussageverweigerungsrecht (!).Zur Zeit besteht noch die Praxis, dass bei einer Festnahme der/die Festgenommene das Recht hat, keine Aussagen bei den cops zu machen, auch falls der/diejenige verhört werden sollte.Mit dem neuen Gesetz soll die Nicht-Aussage (normalerweise 'no comment') des Verhafteten gegen denjenigen verwendet werden können. Erst letzte Woche hat der 'Home Secretary', Michal Howard, den genauen Wortlaut bekannt gegeben, in dem es heisst, dass alles, was nicht gleich bei den cops ausgesagt wird, später beim Gerichtsprozess entweder keine Berüc ksichtigung finden oder gegen den Angeklagten verwendet werden kann.Die Idee muss Howard wohl aus der langjährigen Erfahrung in Nord Irland haben, wo Anwälte bestätigen, dass es auf keinen Fall eine Verbesserung des ohnehin sehr wackeligen Rechtssystems darstellt, da es dem Verhafteten von vornherein die Unschuld aberkennt.

Was ist bis jetzt gegen das Gesetz gelaufen?

Die Gruppen, die am tiefgreifendsten von den neuen Gesetzen bertroffen werden würden, haben sich zusammengeschlossen und arbeiten mit anderen Gruppen, um durch Öffentlichkeitsarbeit, Lobbying und Aktionen das Inkrafttreten der Gesetze zu Verhindern.
Es hat zwei 'Kill the Bill'-Demos gegeben (im Mai und Juli), die jeweils zwischen 20.000 und 30.000 Leute anzog. Im ganzen Land werden 'mass trespass' organisiert wie z.B. in Twyford Down und Cardiff, denn jetzt oder sonst bald nicht mehr!!!
Trotzdem ist es wichtig, die Informationen hinauszutragen, da wohl früher oder später in ganz Europa mit ähnlichen Gesetzen gerechnet werden muss.Von Gruppen wie CIVIL LIBERTY (beobachtet die Einhaltung von Grundrechten in GB seit 50 Jahren) und Freedom Network, die beide gegen die Gesetze mobil machen, wird ganz deutlich klar gemacht, dass mit diesen Gesetzen ein klarer Strich gemacht werden soll, wer in die 'Thather'-isiertebritische Gesellschaft mit ihrer Politik des 'back to basic' und die erneute Betonung nationaler Werte passt: nur konforme Elemente, die für die Regierung produktiv sind, werden gefordert, alle anderenwerden als 'Parasiten' entlarft und müssen scheinbar unter dem Strich wegfallen (z.B. Arbeitslose, allein Erziehende, Travellers etc.).

DESHALB:
< NO CULTURAL CLEANSING !!!!,
< KILL THE BILL !!!!

Für mehr Information:

FREEDOM NETWORK, Green Office, The Old Dolehouse,
372 Coldhabour Lane, LONDON Brixton SW9
CIVIL LIBERTY, 21, Tabard Street, LONDON SE1, Tel.: 081-6917685

Bis heute gibt es zwei Tote und zwei Personen, die im Koma liegen. Einer von ihnen ist Esteban Masa, Krankenpfleger auf der Intensivstation, der vier Schüsse in den Rücken erhielt, als er sich um einen Verwundeten auf der Straße kümmerte. Es gibt zwischen 100 und 200 Verletzte, viele von ihnen schwer.

Niemand hatte das erwartet. Es waren Kinder und alte Leute auf der Straße: die Kundgebung war spontan, nicht von politischen Organisationen organisiert. Man mordete ohne Vorwarnung. Warum?

Am darauffolgenden Tag, dem uruguayanischen Unabhänigkeitstag, spracht der Staatspräsident Lacalle vom Kampf gegen den Terrorismus „Der Terrorismus, national wie internatrional, wird nicht durchkommen".

In dieser Demonstration gab es keinen Terrorismus, außer dem Terror des Staates. Was wollten sie mit dem Massaker erreichen? Die Kriminalisierung der uruguayischen Linken, die sich weigert sich zu „sozialdemokratisieren"; die weitere Beschneidung des Raumes für die uruguayischen Gewerkschaftsbewegung, die in diesem Fall mit unerwarteter Stärke reagiert hatte? Die Frente Amplio, ebenso wie die PIT-CNT unterstützten die Mobilisierung aufgrund des Drucks von Unten.

Letzte Nachrichten:

- Am *26. August* begleiteten 100.000 Menschen das Begräbnis der beiden Toten der brutalen Unterdrückung.

- Am morgen des *25. August* wurden Radio CX 36 und CX 44 – Radio Panamericana – für 48 Stunden geschlossen. Grundlagen bildet ein Dekret der Diktatur aus dem Jahre 1978, ein verfassungswidriges Dekret. Nach der uruguayanischen Verfassung kann eine solch schwerwiegende Maßnahme nur von der Justizgewalt nach Durchführung einer ausführlichen Untersuchung getroffen werden.

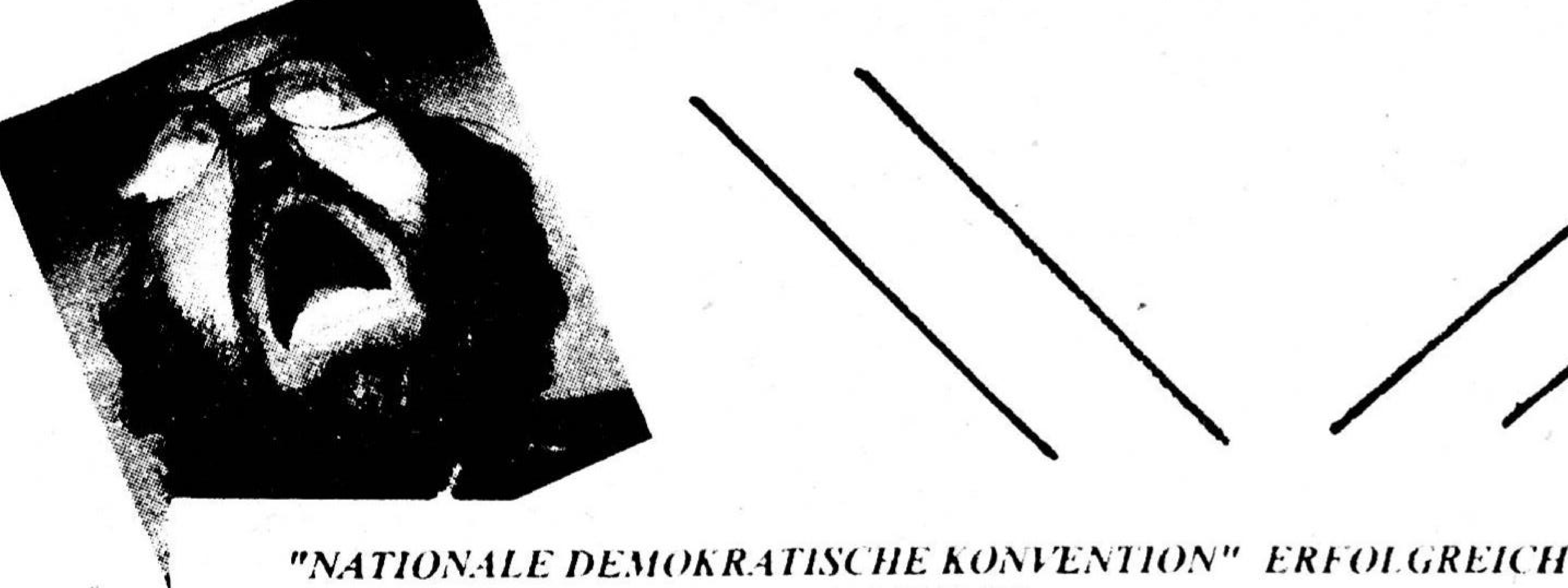
  Diese beiden Radiostationen waren die einzigen Medien gewesen, die während der Stunden des Massakers direkte Informationen gaben. Darüberhinaus war CX 44 das einzige Medium, das eine Unter-stützung für die Menschen anbot: Die Ausstrahlung schneller Informationen über die Ereignisse, die Hilfe bei der Suche nach verschwundenen Menschen, die Zusammenstellung und Veröffentlichung der Liste der Verwundeten und Gefangenen. Es rief die Leute auf, sich nicht in die Konfliktzone zu begeben, sondern rief dazu auf, Politiker und Parlamentarier anzurufen. Über das Radio wurden RechtsanwältInnen gesucht, um die stundenlange Repression zu stoppen.

- Am Tage des Begräbnisses eines Opfer der Repression, am 26. August, wurde die vollständige Schließung des Radios CX 44 (Radio der MLN-Tupamaros) auf Anordnung der Exekutivgewalt durch den Präsidenten der Repunlik, Luis Alberto Lacalle, bekanntgegeben.
  In Uruguay sind seit den Zeiten der Diktatur die Medien nach wie vor dem Verteidigungsministerium untergeordnet!

- Am gleichen Tag, dem 26. August, wurde eine weitere baskische Mitbürgerin aus Uruguay abgeschoben, deren Ausweisung vor einigen Monaten von der uruguayischen Justiz verweigert worden war.

- Zum gleichen Zeitpunkt verlangte der Justizminister, Gianola, den Rücktritt des Vorstandes der PIT-CNT, weil er sich – so der Innenminister – mit Bombenlegern verbündet habe. Die PIT-CNT rief einen 24-stündigen Streik angesichts der Ungeheuerlichkeit der Auslieferung der drei baskischen Bürger aus und beschloß den landesweiten Ausstand, um die Toten am 26. August begleiten zu können.

Wir bitten um Verbreitung dieser Informationen und um Proteste gegen diese Repression, die an die Zeiten der Militärdiktatur erinnert.
Die Fax-Nummer der uruguayischen Botschaft in Bonn lautet: (02 08) 36 14 10



"NATIONALE DEMOKRATISCHE KONVENTION" ERFOLGREICH BEENDET

EIN WAHLBETRUG AM 21. AUGUST WÜRDE MIT EINEM GENERALSTREIK BEANTWORTET

Die 6000 TeilnehmerInnen der ersten "Nationalen Demokratischen Konvention", die sich vom 6. bis 9. 94 im Lakandonischen Urwald von Chiapas, Mexiko versammelten, beschlossen als einen Teil des Kampfs um Demokratie, an den Wahlen am 21. 8. teilzunehmen und gegen die Staatspartei PRI zu stimmen

Nach 4 Tagen intensiver Arbeit in San Cristobal de las Casas und der befreiten Zone "Aguascalientes" in der Selva Lacandona nahm die Plenarversammlung der Konvention die nachfolgenden **generellen Beschlüsse** an

.) nach den Wahlen am 21. August muß eine Übergangsregierung gebildet werden
.) eine Verfassungsgebende versammlung einberufen werden, um eine neue Verfassung auszuarbeiten
.) sollten die Wahlen nicht demokratisch, sauber, objektiv und legal durchgeührt werden, würde dies eine klare Gefährdung des Friedens im Land bedeuten

Zu den Ergebissen der 5 Arbeitsgruppen:

In der **Arbeitsgruppe 1** wurde beschlossen, daß das politische System Mexikos verändert und die Staatspartei abgeschafft werden muß. "Die kommenden Wahlen müssen eine breite Bewegung der Bevölkerung sein, und alle müssen gegen die PRI stimmen. Wer immer der Gewinner dieser Wahlen sein wird, er muß die Ergebnisse dieser Nationalen Demokratischen Konvention befolgen und vor allem eine verfassungsgebende Versammlung einberufen."
Weiters:
Die zivle Gesellschaft überwacht sowohl die Wahlen als auch die Übergangsregierung.
Die internationalen Verträge, wie das NAFTA, müssen überprüft werden.
Die zivile Gesellschaft muß die Gelegenheit erhalten, eigene Kandidaten an den Wahlen teilnehmen zu lassen.
Lokale und regionale Parteien sollen sich bilden dürfen.
Anerkennung der Zivilgesellschaft als eine politische Vertretungsform.
Anerkennung der Autonomie der indigenen Gemeinden.
Vertretung aller sozialen Sektoren im Parlament (Congreso de la Union).

Die Nationale Demokratische Konvention erklärt sich nicht für den einen oder anderen Kandidaten, oder eine bestimmte Partei, fordert jedoch daß das von Salinas im April neugeschaffene nationale Sicherheitsorgan abgeschaffen werde und das Militär nicht bei den Wahlen präsent sein dürfe. Es müsse eine gleichberechtigte Teilnahme der Frauen geben.

Zu diesem letzten Punkt wurde ein eigenes Dokument beschlossen, in welchem die Respektierung der gleichen Rechte der Frauen gefordert wird.

Im **Arbeitskreis 2** wurde über die Wege des Übergangs zur Demokratie gearbeitet und einhellig beschlossen, daß die Wahlen ein Mittel des Übergangs zur Demokratie sind, daß jedoch der Kampf um Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit in Mexiko nicht nur mit dem Mittel der Wahlen allein stattfindet. Nach dem 21. August sollen im ganzen Land Aktionen stattfinden, die in einem Generalstreik kulminieren können, wenn es zu einem Wahlbetrug kommt.

Eine 2. Sitzung der Nationalen Demokratischen Konvention soll nach den Wahlen einberufen werden, um diese zu analysieren und auf bundesstaatlicher Ebene wird die Demokratische Konvention permanent tagen, um die Wahlenergebnisse zu prüfen und die Bevölkerung autentisch darüber zu informieren. Auf internationaler Ebene soll auch konstanter Kontakt unterhalten werden.

In diesem Arbeitskreis wurde weiters beschlossen, den Abzug des Militärs aus dem Bundesstaat Chiapas zu fordern, die Anerkennung der EZLN als kriegsführende Kraft, die Aufklärung des Attentats auf den PRD Kandidaten Amado Avedano, sowie die Schaffung eines Netzwerks der Frauen für Demokratie.

Im **Arbeitskreis 3** über die indigenen Rechte wurde ein politisches System gefordert, welches die Pluralität und Vielfalt der Kulturen sowie die gleichberechtigte Teilnahme der Indigenas am politischen Leben des Landes garantiert. Dafür soll die Autonomie der indigenen Gemeinden respektiert werden, die Vertretung der Indigenas auf allen Regierungsebenen und die Abänderung der Verfassung in diesem Sinn. Ein neues Verhältnis zwischen Staatapparat und ziviler Gesellschaft wird gefordert. Eine Übergangsregierung muß die Notwendigkeiten der Indigenas behandeln.

Bezugnehmend auf die 11 Punkte, die die Zapatisten fordern, stellte der Arbeitskreis 3 fest:

Die Arbeit muß vorrangig dem sozialen Wohn dienen, die Notwendigkeiten aller MexikanerInnen ohne Dach über dem Kopf müssen ohne Ausnahme befriedigt werden, alle MexikanerInnen müssen ohne Ausnahme Zugang zu einem sozialen Gesundheitsystem haben, die produktion von Nahrungmitteln muß an erster Stelle stehen, die Erziehung muß gratis sein und der Freiheit und Solidarität dienen, die individuelle und kollektive Freiheit ist Basis für die soziale Organisation, sowie Freiheit und Recht auf Information.

"Demokratie wird es dann geben, wenn alle MexikanerInnen tatsächlich Zugang zu den Entscheidungsprozessen auf allen Ebenen haben, und es Mittel wie Volksabstimmungen geben wird."

Der **Arbeitskreis 4** kam zu der einhelligen Auffassung, daß der erste Schritt zur Errichtung einer Übergangsregierung die Abschaffung der Staatspartei PRI ist. "Übergangsregierung ist die von der Mehrheit der MexikanerInnen gewählte, und periodisch erneuerbare Regierung, welche die individuellen Rechte der BürgerInnen respektiert, und die ihrerseits den Weg für einen wirklich basisdemokratischen Prozess bereiten soll, welcher zum Ziel einer neuen Verfassung führen soll.

Der **Arbeitskreis 5** betonte neuerlich die Notwendigkeit einer verfassungsgebenden Versammlung als eines der wichtigsten Ziele der Nationalen demokratischen Konvention.

ENDE

ZEUGENVORLADUNGEN WEGEN STEINMETZ - 3 LEUTEN DROHT BEUGEHAFT

2.9.94

Zur Information:

Am 1?.7.94 haben ZeugInnenvorladungen im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren (aufgrund Steinmetzaussagen) gegen eine Angehörige stattgefunden.
Wir (3 Leute aus Ffm) haben dort die Aussagen verweigert.
Die Masche von dem verhörenden Bundesanwalt Bell war:"Wenn sie kooperieren, können Sie Frau.. helfen".
Als er nicht bekam, was er wollte, ging er über in Drohungen: "Sie wissen, die Maschine läuft, das ganze werde er vor den BGH (Bundesgerichtshof in Karlsruhe) bringen und dann drohe Beugehaft".
Am Dienstag, den 2o.7. wurde deutlich, was die Bundesanwaltschaft zu diesem Zeitpunkt schon geplant hatte, im Falle dass sie von einem keine Aussagen bekommt.
Bei ihm wurde eine Hausdurchsuchung gemacht, mit der Begründung, dass gegen ihn ein Verfahren wegen "Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und geheimdienstlicher Agententätigkeit" läuft.
Der Erpressungsversuch: Entweder es werden Aussagen gemacht, oder es wird härter gegen ihn vorgegangen.
Den gleichen Zweck hatte wahrscheinlich der sich wiederholende "Versprecher" von Bundesanwalt Bell, als er anstatt vom Verfahren gegen Frau.. von dem gegen Gisela Dutzi(einer von uns) sprach.
Nach Festsetzung eines Ordnungsgeldes(14 Tage später) kam kürzlich eine weitere Ladung nach Karlsruhe vor den BGH. Diese war auf den 3o.8. und den 1.9. terminiert.
Als am 1.9. klar wurde, dass wir alle drei nicht erscheinen (Krankmeldungen) drohte Bundesrichter Beyer einem von uns am Telefon mit "Massnahmen". Einige Stunden später tauchten 1o Polizisten an der Wohnung von ihm auf.

Wir gehen davon aus, dass an uns- aufgrund unserer Aussageverweigerung- ein Exempel statuiert werden soll. Da dieses "juristische" Vorgehen auch gegen andere fortgesetzt werden soll,soll an uns klargemacht werden: entweder kniefall (aussagen, kooperation) oder knast. Auch wenn die Anfangsfragen unbedeutend erscheinen (" War denn der Herr Steinmetz überhaupt einmal in der Infostelle?)- es ist für den Staatsschutz ziemlich wichtig Aussagen rauszupressen. Es geht ihnen dabei auch darum mit Aussagen aus unseren Zusammenhängen den Behauptungen des Spitzels Steinmetz einen Hauch von Echtheit zu verleihen. Da sämtliche Behauptungen Steinmetz von seinen Geldgebern diktiert sind(und werden) brauchen sie zusätzliches"Material" um ihn für Verfahren glaubwürdig zu machen.
Wir denken, dass die Verfahren gegen Stefan Frey und die Angehörige, bzw. die ZeugInnenladungen erst den Anfang bilden von dem, was der Staatsschutz auf der juristisch-kriminalistischen Ebene mit dem VS Agenten Steinmetz vorhat.
Wir wissen, dass er jede Menge "Aussagen" gemacht hat, u.a. haben seine KollegInnen vom Verfassungsschutz ihn eine Liste von Leuten aufstellen lassen, die "in Betracht kämen" für Kontakte zur RAF.

Mit solchen"Aussagen" verschaffen sie sich die Möglichkeit viele GenossInnen in den nächsten Jahren mit Verfahren zu überziehen.

Das was jetzt auf der juristisch-kriminalistischen Ebene anläuft, ist die Fortsetzung der Geheimdienstpolitik, die sie mit Steinmetz seit Jahren durchgeführt haben und in der Wolfgang Grams hingerichtet und Birgit Hogefeld verhaftet wurde.

Wir wollen versuchen mit unseren Möglichkeiten diesem aktuellen Vorgehen gegen uns (und andere) einen Riegel vorzuschieben; unter anderem sollen sie diese Schweinereien nicht in aller Stille durchziehen können.

Gisela Dutzi, Axel Wüldele, Anne B. Rauch

Kriminalisierung einer Angehörigen

Ich, Gila Pohl, Ehefrau von Helmut Pohl, teile aus aktuellem Anlaß folgendes mit:

Vor einigen Tagen erfuhr ich, daß gegen mich ein Ermittlungsverfahren läuft. Drei GenossInnen, mit denen ich in der „Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen" in Frankfurt zusammengearbeitet habe, wurden inzwischen vom BKA in diesem Verfahren als Zeugen geladen. (Sie sind zu diesen Vernehmungen nicht hingegangen.)

Und aus den Ermittlungsakten gegen Stefan Frey, gegen den ebenfalls ein Verfahren läuft, geht hervor, daß sich das Verfahren gegen mich auf eine angebliche Aussage von Steinmetz stützt. In dieser Aussage behauptet Steinmetz, den ich überhaupt nicht kenne, ich hätte ihm einen Zettel zugeschoben, auf dem ein Kontakttreffen mit der RAF gestanden haben soll. Daß Angehörige oder auch Anwälte Zettelchen schieben sollen, gehört zur alten Propagandaschiene seit 1973, um unseren Widerstand gegen die Haftbedingungen zu kriminalisieren.

Das Ganze ist eine zielgerichtete Erfindung. Bei mir deshalb, weil ich nach meiner Rückkehr aus dem Exil ab 1989 wieder in der Angehörigengruppe aktiv wurde und weil die Verfolgungsbehörden, kaum daß ich wieder in der BRD war, erfolglos versucht haben, mich zur Kooperation mit ihnen bringen zu wollen, damit ich die letzte Brücke, die Helmut in mir als einzig ihm verbliebene Angehörige hat, kappe. Ich sollte dafür herhalten, Helmut, den sie seit Jahren als ihr Haupthaßobjekt verfolgen, von seinen sozialen Kontakten nach draußen zu isolieren.

Dabei haben sie drei manifeste Versuche in diese Richtung gegen mich unternommen:

Sie kamen auf die freundliche Tour.

Im Sommer '88, ich hatte gerade meine Kinder nach Deutschland geholt, klingelten zwei BKA-Beamte um die Mittagszeit an der Wohnungstür und baten mich um ein „Gespräch, im Fall, daß sie nicht stören". Da sie störten, gingen sie wieder unverrichteter Dinge.

Ein paar Wochen später, im September '88, bandelte Benz, die graue Eminenz aus dem Innenministerium, mit meinem Bruder und meinem damaligen Rechtsanwalt an. Der Rechtsanwalt, der sich zum willfährigen Objekt der Staatsschutzbehörden gemacht hatte, verkündete mir, daß er wolle, daß „endlich wieder Frieden in Deutschland einkehrt", und forderte mich auf, dem Wunsch seitens Benz nach einem Gespräch mit mir nachzukommen. Während dieser Unterredung ließ der Anwalt durchblicken, daß ihm die Staatsschutzbehörden bedeutet hatten, daß es durchaus in ihrer Hand läge, was mit meinen Kindern geschehe, es komme halt darauf an, wie ich mich verhalte. Ich habe daraufhin diesem Anwalt mein Mandat aufgekündigt.

Den letzten knallharten Versuch starteten sie gegen mich kurz nach der Verhaftung der ehemaligen RAF-Mitglieder in der DDR, die dann in die Rolle als Kronzeugen für die derzeit laufenden Prozesse gegen die Gefangenen, u. a. auch Helmut, gepreßt wurden. Dies war im Herbst 1990. Rechtsanwalt Dieter Hoffmann, Anwalt des Kronzeugen Werner Lotze, verkündete öffentlich den schon bekannten Satz, „er wolle, daß endlich wieder Frieden in Deutschland einkehre", und bald darauf klingelte bei mir das Telefon mit der Ehefrau von Werner Lotze am Apparat. Sie ließ mich wissen, daß Rechtsanwalt D. Hoffmann mich zu einem „sehr wichtigen Gespräch" nach Berlin einlade, „Flug und Hotelunterkunft werden natürlich übernommen". Ich habe RA Hoffmann die passende Absage ausrichten lassen.

Alles in allem gehört dieses Vorgehen seitens der Staatsschutzbehörden in den Rahmen ihrer Strategie, u. a. Angehörige dafür mißbrauchen zu wollen, die Gefangenen in die Knie zu zwingen. Wir Angehörige waren über all die Jahre ständig dieser Art von Angriffen ausgesetzt, und es geht immer so weiter.

Da sie mit ihren Anläufen bei mir gescheitert sind, verwundert es mich jetzt nicht, wenn sie jetzt auf der Schiene der Kriminalisierung daherkommen.

Ich und alle Angehörigen aus der Angehörigengruppe sagen dazu, daß nach 23 Jahren Sonderhaft die Gefangenen freikommen müssen. Der Staat muß eine politische Entscheidung für die Freiheit der politischen Gefangenen treffen.

Gisela Pohl

!

ES gibt jetzt noch keinen neuen Vorladungstermin.
Wir rechnen aber damit daß das ganz schnell gehen kann und versuchen euch dann noch zu informieren.
Wir finden nämlich wichtig, daß viele Leute zu diesem Termin nach Karlsruhe kommen, ihre Solidarität rüberbringen und die 3 nicht alleine lassen.
Also, stellt euch drauf ein, erzählt es weiter, kopiert und verteilt dieses Flugblatt !!!!!!

Wir haben am 3.9.1994 vor einer Wahlkampfveranstaltung mit Vogel dieses Flugblatt verteilt. Vogels Fangemeinde alarmierte die Bullen, die die Flugblätter wegen Beleidigung beschlagnahmten und uns zur Personalienfeststellung festsetzte.

Sie sind heute hergekommen, um sich von Hans-Jochen Vogel als Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises Neukölln zu verabschieden.

Hans-Jochen Vogel war von 1974 bis 1981 Bundesjustizminister. In dieser Eigenschaft trug er maßgeblich Verantwortung für den staatlichen Umgang mit den Gefangenen aus der RAF - für den Tod mehrerer Gefangener im Gefängnis und die gegen die Gefangenen aus der RAF verhängte Isolationshaft, die international als Folter geächtet ist.

Hans-Jochen Vogel ist sieben Jahre lang für die systematische Folter an politischen Gefangenen in bundesdeutschen Gefängnissen unmittelbar verantwortlich gewesen.

Während Vogel hierfür nie zur Rechenschaft gezogen wurde, sitzen noch heute 17 Gefangene aus der RAF in Einzel- und Kleingruppenisolation in bundesdeutschen Gefängnissen. Sie müssen alle raus!

Angeklagt der Folter an politischen Gefangenen: Hans-Jochen Vogel

Bundesjustizminister von 1974-1981

Seit 1970 unterliegen die Gefangenen aus der RAF Sonderhaftbedingungen, deren Grundprinzip strenge Einzel- und Kleingruppenisolation ist. Aufgrund der Erfahrungen von Menschen, die der Isolation unterworfen waren, und der bei ihnen festgestellten schwerwiegenden physischen und psychischen Beeinträchtigungen und Spätfolgen ist die Isolationshaft international als Form der Folter geächtet.

Ab 1971 wurde an der Psychiatrischen Neurologischen Universitätsklinik Hamburg Eppendorf unter der Leitung von Prof. Dr. Jan Gross das Sonderforschungsprojekt 115 eingerichtet, das der Isolationsforschung diente. Gross hatte bereits 1967 mit Ludwig Svab unter dem Titel "Soziale Isolation und sensorische Deprivation und ihre gerichtspsychologischen Aspekte" zur Frage der Langzeitisolation ausgeführt, aus den Erfahrungen der Angst, Unruhe, der depressiven und aggressiven Reaktionen als Folge der Beraubung der Sinnesreize bei gleichzeitiger sozialer Isolation "kann man schließen, daß unter Bedingungen der begrenzten sensorischen Stimulation die Möglichkeit eines sozialen Kontaktes eine besondere Bedeutung gewinnt. Der Mangel an Möglichkeit, die Realität selbst zu prüfen, macht die sensorisch deprivierte Person in erhöhtem Maße von der Person des Experimentators abhängig ( ) Unter diesem Gesichtspunkt ist es auch notwendig, die Bedeutung der erleichterten Beeinflußbarkeit (...) der Versuchspersonen zu verstehen ( ) Dieses Moment kann sicher eine positive Rolle (...) spielen und zwar dort, wo es um die Umerziehung des Einzelnen oder einer Gruppe geht, und wo die empfindliche Ausnutzung derartiger einseitiger Abhängigkeit und die Manipulation mit solchen Zuständen wirksam den Prozeß der Umerziehung beeinflußen können." In diesem Sinne wurde Isolationshaft gegen die Gefangenen aus der RAF angeordnet, in dem Versuch, sie zu brechen.

Zugleich ergaben die Forschungen von Gross und Svab als Ergebnis langanhaltender Isolation schwerwiegende gesundheitliche Schäden. Dies war bereits bekannt, bevor die Isolationshaft überhaupt angeordnet wurde, und wurde alsbald durch gerichtsmedizinische Gutachten bestätigt. Der Leiter des Instituts für forensische Psychiatrie an der FU Berlin, Prof. Dr. Wilfried Rasch, schrieb in seinem Gutachten für den Prozeß in Stammheim 1975: "Bei jedem der Untersuchten besteht ein ausgeprägter Zustand psychophysischer Reduktion mit vegetativer Dysregulation ( ) Die Durchführung einer Behandlung durfte ( ) bei Beibehaltung der jetzt gegebenen Haftbedingungen nicht möglich sein ( ) Entscheidende Behandlungsmaßnahmen ( ) liegen in einer Änderung der Haftbedingungen mit Ermöglichung größerer sozialer Interaktion." In einem Gutachten vom 11.12.1975 hieß es: "Werden die Haftbedingungen nicht verändert, wird es in Zukunft sicherlich zu lebensbedrohlichen Zuständen kommen." Der hamburger Arzt Dr. Stöwsand schrieb in einem Gutachten über Irmgard Möller vom 16.9.1975: "Zusammenfassend läßt sich sagen, daß bei der Patientin klassische Erscheinungen der Isolationshaft ( ) bestehen. Schlußfolgernd muß die Berechtigung der Aussage, die Isolationshaft als Foltermethode bezeichnet, betont werden." **Irmgard Möller befindet sich nach Jahren der strengsten Einzelisolation heute - nach inzwischen über 22 Jahren - immer noch in Kleingruppenisolation im Gefängnis!**

Trotz dieser Erkenntnisse wurde die Einzel- und Kleingruppenisolation gerade in der Amtszeit von Vogel als Justizminister weiter ausgebaut, nicht zuletzt durch den Bau neuer Hochsicherheitstrakte und die Einführung der Kontaktsperre. Im Wissen darum, daß Einzel- und Kleingruppenisolation eine Form der Folter ist, wurde sie dennoch angewandt, in der Hoffnung, die Gefangenen damit brechen - und wenn nicht brechen, so durch ihre völlige gesundheitliche Zerstörung vernichten zu können.

Wenngleich Vogel selbst zu Beginn vorgab, nicht zu wissen, worauf sich die Vorwürfe beziehen, scheint die "Erinnerungsstütze" dann doch ausreichend getroffen zu haben, um ein Eingreifen der Bullen notwendig erscheinen zu lassen. Keine Straffreiheit für Folterer! Freiheit für alle politischen Gefangenen!

z.B. Günter Sonnenberg

Günter Sonnenberg wurde am 3.5.1977 fest genommen und erlitt dabei eine schwere Schußverletzung am Kopf. Am 18.5. wurde ihm noch im Zustand der Bewußtlosigkeit der Haftbefehl eröffnet. Als Günter Sonnenberg das Bewußtsein wiederlangte, fand er sich infolge der Schußverletzung in den Stand eines Kleinkindes zurückgeworfen. Die elementarsten Fähigkeiten wie Lesen und Schreiben mußte er neu erlernen, das Sehvermögen war stark gestört. Obwohl das gerichtsmedizinische Gutachten unmißverständlich feststellte, daß Günter Sonnenberg infolge der massiven Konzentrations- und Gedächtnisstörungen dem Prozeßverlauf nicht folgen konnte, wurde ihm der Prozeß gemacht. Er befand sich bis zum Beginn des Prozesses in strenger Einzelisolation, anschließend wurde er erneut bis 1985 komplett isoliert. Günter Sonnenberg wurde bis zum Frühsommer 1992 gefangen gehalten. Die Entscheidung, ihn trotz der Haftunfähigkeit abzuurteilen fiel in der Amtszeit von Vogel als Justizminister.

Noch immer in Einzel- und Kleingruppenisolation sind folgende Gefangene aus der RAF:

Irmgard Möller (seit 1972)
Hanna Krabbe (seit 1975)
Lutz Taufer (seit 1975)
Karl-Heinz Dellwo (seit 1975)
Knut Folkerts (seit 1977)
Christine Kuby (seit 1978)
Stefan Wisniewski (seit 1978)
Rolf Heissler (seit 1979)
Rolf-Clemens Wagner (seit 1979)
Sieglinde Hofmann (seit 1980)
Brigitte Mohnhaupt (seit 1982)
Christian Klar (seit 1982)
Heidi Schulz (seit 1982)
Helmut Pohl (seit 1984)
Manuela Happe (seit 1984)
Eva Haule (seit 1986)
Birgit Hogefeld (seit 1993)

Sie müssen alle raus!
Sofortige und bedingungslose Freilassung von Irmgard Möller!
Solidarität mit den gefangenen und verfolgten Antifas und dem Hungerstreik der kurdischen Gefangenen!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!

z.B. Gefangene, die während der Amtszeit von Hans-Jochen Vogel in den Gefängnissen umkamen:

Holger Meins starb am 9.11.1974 während eines Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF. Einerseits einer brutalen Zwangsernährung ausgesetzt, ließ der Anstaltsarzt ihn zugleich durch die Verabreichung zu geringer Mengen an Nährstoffen verhungern. Als er in Lebensgefahr geriet, befand sich der Anstaltsarzt im Urlaub. Die Versuche seiner Anwälte, Maßnahmen zur Rettung von Holger Meins einzufordern, wurden abgewiesen.

Siegfried Hausner war an der Besetzung der deutschen Botschaft in Stockholm 1975 beteiligt. Nach der Festnahme erlitt er durch Kolbenschläge mehrere Schädelbrüche. Zudem hatte er schwere Brandverletzungen erlitten. Obwohl er nicht transportfähig war und die behandelnden Ärzte sagten, ein Transport bedeute "das reine Todesurteil", wurde er nach Stammheim gebracht, obwohl dort weder eine Intensivbehandlung der Schädel- noch der Brandverletzungen möglich war. Dort starb er am 4.5.1975.

Ulrike Meinhof wurde am 9.5.1976 tot in ihrer Zelle in Stammheim aufgefunden. Die Justizbehörden sprachen umgehend von Selbstmord. Eine unabhängige Untersuchungskommission unter der Schirmherrschaft von Jean-Paul Sarte stellte später u.a. fest: "Die Behauptung (...), Ulrike Meinhof habe sich (...) selbst getötet, ist nicht bewiesen und die Ergebnisse der Untersuchungen der Kommission legen nahe, daß sich Ulrike Meinhof nicht selber erhängen konnte. (...) (Sie) legen vielmehr den Schluß nahe, daß Ulrike Meinhof tot war, als man sie aufhängte, und daß es beunruhigende Indizien gibt, die auf das Eingreifen eines Dritten (...) hinweisen."

Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Andreas Baader wurden am 18.10.1977 tot in ihren Zellen aufgefunden. Wie im Falle von Ulrike Meinhof sprachen staatliche Stellen umgehend von Selbstmord. Wiederum ergab eine unabhängige Begutachtung, daß die Gefangenen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht Selbstmord begangen haben können. **Irmgard Möller**, die als einzige der Gefangenen aus der RAF in Stammheim die Nacht vom 17./18.10.1977 schwer verletzt überlebte, sagte aus, daß sie sich keine Verletzungen beigebracht hat und es sich nicht um Selbstmord handelte.

Ingrid Schubert wurde am 12.11.1977 tot in ihrer Zelle in München-Stadelheim aufgefunden. Auch hier bestehen massive Zweifel an einem Selbstmord.

Sigurd Debus starb am 16.4.1981 in Hamburg während eines Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF, dem er sich angeschlossen hatte. Am 6.4. wurde Sigurd Debus ins Allgemeine Krankenhaus verlegt. Bei einem Besuch am 7.4. entdeckten seine Mutter und sein Anwalt, daß er sich in Lebensgefahr befand. Der zuständige Arzt hatte ihn infolge seiner Abwehr der Zwangsernährung nicht behandelt und folglich einen eingetretenen Gehirnschaden nicht festgestellt. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Zwangsernährung den Tod bewirkt hat.

Diese acht Gefangenen starben in der Amtszeit von Vogel als Justizminister. Die Aufklärung der Todesursache wurde durch die Justizbehörden systematisch unterbunden. Stattdessen unternahmen die Behörden Alles, um das von staatlicher Seite gewollte Ergebnis um jeden Preis zu bestätigen. Wesentliche politische Verantwortung für den Tod dieser Gefangenen trägt Hans-Jochen Vogel.

z.B. Sondergesetze

In der Amtszeit von Vogel als Justizminister wurden etliche Sondergesetze verabschiedet, um Maßnahmen gegen die Gefangenen aus der RAF zu legalisieren, die bis dahin illegal waren: Eine massive Einschränkung der Verteidigung (§ 148 II StPO; § 138 StPO; § 146 StPO) und der Rechte der Angeklagten (§ 271 a StPO; § 245 StPO; § 29 II StPO; § 231 StPO), das Kontaktsperregesetz und der § 129a StGB, der Sonderregelungen für die Verfolgung sog. "terroristischer Vereinigungen" einführte. Der § 129a StGB schuf nicht nur die Grundlage, Angeklagte ohne konkreten Tatnachweis abzuurteilen, sondern diente auch dazu, Menschen, die dem Staat unbequem waren, auszuforschen, einzuschüchtern oder öffentlich zu denunzieren.

Das Kontaktsperregesetz trat am 2.10.1977 in Kraft und war in nur 5 Tagen verabschiedet worden: Die Kontaktsperre galt allerdings bereits seit dem 6.9., einem Tag nach der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten und früheren hohen SS-Funktionärs Schleyer. Mit ihr wurden die Gefangenen endgültig vollkommen untereinander isoliert und jeglicher Kontakt zur Außenwelt (einschließlich Familienangehörigen und AnwältInnen, Fernseher, Radio, Zeitungen usw.) wurde untersagt. Mehrere Gerichte erklärten das Kontakverbot zu den RechtsanwältInnen für unzulässig, was jedoch keineswegs zur Aufhebung führte. Vielmehr beschloß der sog. "Kleine Krisenstab" am 12.9., die Maßnahmen durch das Gesetz nachträglich zu legalisieren. Begründet wurde es mit der Behauptung, Aktionen der RAF würden aus den Zellen heraus gesteuert. 1978 sagte Vogel auf die Frage, ob es eine Zellensteuerung gebe: "Nein. Das haben wir seinerzeit schon nicht angenommen". Helmut Schmidt erklärte 1979: "Ich kann nur nachträglich den deutschen Juristen danken, daß sie das alles nicht verfassungsrechtlich untersucht haben."

Vernichtung der Subkulturen unserer Gesellschaft?

Der deutsche Staat hat wieder seine Internierungslager. Wie politische Gefangene den Diskriminierungen dieses Systems ausgesetzt sind, so sind es seit geraumer Zeit auch die BTMer - Drogenabhängige -, die dem Staat als eleminierungsbedürftig erscheinen.

Das primäre Problem der Suchtentstehung wird immer wieder elegant übergangen, indem durch falsche Informationen,durch Massenmedien, nur auf den Süchtigen, der als skrupelloser Außenseiter der Gesellschaft dargestellt wird, eingegangen wird. Die Entstehung der Sucht wird dadurch nicht nur in den Hintergrund gedrängt, sondern völlig außer acht gelassen. Daß Menschen verschiedenster Klassen oder Rassen sowie unterschiedlicher Altersgruppen dem Leistungsdruck unserer Konsumgesellschaft nicht gewachsen sind und zur Droge greifen, daß dieses "No-Future-Denken" bei vielen zur Resignation führt und die Flucht in die Betäubung gesucht wird, daß dafür Alternativprogramme geschaffen werden sollten, um der Sucht schon dort, nämlich in der Entstehung, zu begegnen, davon berichten die Medien so gut wie nie.Daß diese Menschen direkt oder indirekt gegen unser System rebellieren, dabei zweifellos den falschen Weg wählen, sich zu wehren, davon berichtet man ebenfalls nicht.

Der Süchtige verschmutzt das saubere Bild der deutschen Gesellschaft; ergo schafft man diese gescheiterten Existenzen von der Straße, indem man allein den Eigenkonsum schon kriminalisiert. Das führte dazu, daß die Aufnahmekapazitäten der Knäste bis an die Grenzen erschöpft sind. Ein weiteres Problem stellte sich ein. Das Krankenbild des Süchtigen ist für nicht geschultes Personal,- und auf den Süchtigen zugeschnittenes Personal gibt es in der JVA nicht -, ein Buch mit sieben Siegeln. Daher ist dem Abhängigen im Vollzug nicht zu helfen. Nach der Entlassung ist er wieder mit den alten Problemen konfrontiert. Das führt dazu, daß viele Abhängige sich nach der Entlassung eine Überdosis injizieren. Leider absolut keine Seltenheit! Inzwischen stellt sich den Süchtigen die Frage, ob eine gewisse Absicht darin liegt. Entweder packen die Suchtkranken es, oder sie eleminieren sich selbst. Die JVA Köln versucht nun, dem Problem "BTMer" mit absoluter Isolation von den übrigen Gefangenen zu begegnen. Ähnlich wie bei den politischen Gefangenen bestehen für BTMer Ausnahmeregeln wie z. B.:

1. BTMer dürfen keine Ausbildung mehr machen, wie es bis Anfang dieses Jahres noch möglich war, z. B. als Friseuse oder in der Anstaltswäscherei

2. BTMer werden von den übrigen Gefangenen getrennt.

3. Für BTMer gibt es Tabletten, wie z. B. Kopfschmerztabletten nur noch auf Antrag. Das heißt, man muß Donnerstag schon wissen, daß man Samstag oder Sonntag Kopfschmerzen bekommen wird, und diese dann auch vorsorglich schon am Freitag auf einem Löffel aufgelöst schlucken. Damit soll Tablettenmißbrauch vermieden werden.

4. BTMer werden von den übrigen Gefangenen getrennt in eine speziellen, besonders überwachten Besucherreaum geführt, sofern sie nicht eine Trennscheibe auf Verdacht bekommen was dann so aussieht, daß man mit seinen Besuchern nur durch eine 3 mm dicke Glasscheibe Kommunikation betreiben kann.

Die ohnehin resignierten Abhängigen werden damit immer weiter um ihr Selbstbewußtsein gebracht, bis absolut nichts mehr davon übrig bleibt. Für ein resozialisiertes Leben in der Welt in die sie wieder entlassen werden gibt es keine Chance mehr. Sollten vor der Haft noch einen Funken Hoffnung auf eine Reintegration in die Gesellschaft geben, so ist diese Hoffnung spätestens dann völlig verschwunden.

Das hier angewandte System der Isolation und Zerstörung der Subkulturen unserer Gesellschaft kennen wir alle aus den Geschichtsbüchern und manche, weil sie dabei waren. Es ist die Politik der Nazis. Heute sind die "schwarzen Schafe" der Gesellschaft die Ausländer, die Homosexuellen, die Behinderten und last not least die BTMer.

"Toleranz ist ein Form von Intelligenz" ist eine Philosophie, die in unserem Staat niemand zu kennen scheint und auf keinen Fall praktiziert. Wenn unser Staat schon von intoleranten Politikern regiert wird, wie soll dann das Volk tolerant sein?

Modellversuche, wie z. B. in der als konservativ denkend bezeichneten Schweiz, wo Heroin auf Krankenschein verabreicht wird, werden hier gar nicht erst in Erwägung gezogen, obwohl die Schweiz das Programm aufgrund der guten Erfahrungen, die bisher gemacht wurden, erweitern will. In Deutschland wagt sich die Stadt Frankfurt unabhängig von der Landespolitik aufgeschlossener an dieses Problem und erzielt durch die Sozialarbeit im "Cafe-Fix" auch recht gute Ergebnisse, die letztendlich auch für das Frankfurter Stadtbild als positiv zu bezeichnen sind. Die Niederländer gehen schon seit Jahren aufgeschlossener an das Drogenproblem heran. Auch in der Strafverfolgung gehen die Niederlande ihren eigenen Weg, der den Eigenkonsum z. B. gar nicht mehr unter Strafe stellt.

In den deutschen Knästen habe ich bisher keinen gefunden, der mit der Abhängigkeit das große Geld gemacht hat. Das heißt aber sicher nicht, daß es diese "integren Geschäftsleute" und das sind sie im wahrsten Sinne des Wortes,- zumindest die Fassade ist darauf zugeschneidert - nicht gibt. Diese "Geschäftsleute" stören aber nicht das "saubere Bild" der Gesellschaft, und somit werden diese Händler auch nicht belangt, zumindest nicht, solange die Öffentlichkeit einen sauberen Deckmantel für die Geschäfte dieser Leute vorgehalten bekommt. Was unter dem "sauberen Mantel" abläuft,zweifelt niemand an, muß niemand wissen, will niemand wissen. Die Knäste werden von den Eigenkosnumenten, denen, die um ihren Eigenkonsum zu decken dealen und von denen, die für ihren Eigenkonsum Diebstähle begehen, "Beschaffungskriminalität" also, überbevölkert.

Die deutsche Polizei ist auf jeden Fall in der Ergreifung dieser, selbst von Politikern als "Kranke" bezeichneten, sehr erfolgreich und auch nicht sehr wählerisch in ihren Attitüden. Miami-Vice-ähnliche Verhaftungen oder Durchsuchungen, wo das Zusammenschlagen eines Süchtigen leider keine Seltenheit ist, sind dabei an der Tagesordnung. Die Polizei sollte sich damit nun wahrlich nicht rühmen können, und doch tut sie es.

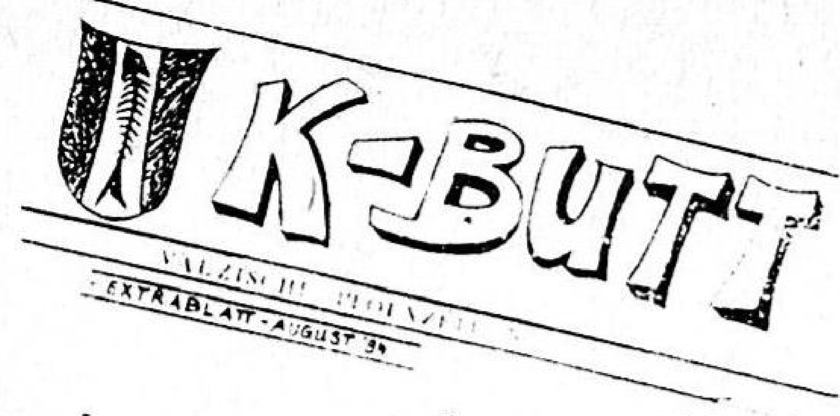
Würden hier vernünftige Alternativen geboten, gäbe es für die Polizei, für die Knäste und für die Medien weniger zu tun. Aber - will man das überhaupt?

BTMer werden in ein Klischee gepackt. Dieses Klischee wird bewußt suggeriert und aufrecht gehalten. Es zeigt Charaktere, die keine Individualität mehr besitzen, emotionslose, nur noch für ihre Sucht funktionierende, äußerst gefährliche Roboter, die die Bevölkerung allein mit ihrer Anwesenheit bedrohen.

Stellt sich mir abschließend nur noch eine Frage: Wann geht es wieder zur Massendeportation in die Gaskammern, und wann werden wieder Erkennungszeichen wie z. B. "gelbe Sterne" verteilt?

Alexandra Coester





irmgard möller

muß endlich

raus

aus'm knast

freiheit für alle politischen gefangenen

EXTRABLATT von K-BUTT

zum befristeten hungerstreik von gefangenen aus der raf und zur situation irmgard möllers

zu bestellen für

1o stück - 5 dm
2o stück - 8 dm
5o stück - 15 dm

nur im voraus (bar, briefmarken) jeweils plus 3 dm porto, bei

K-BUTT
c/o LOKAL-KOLORIT
GASSTRASSE 41
67655 KAISERSLAUTERN



Autonomi Newsletter vermittelt Infos und Analysen von und über den autonomen und anti-imperialistischen Widerstand in

Skandinavien und international.

Diese englischsprachige Zeitschrift wird von einem *autonomen, anti - imperialistischen Kollektiv* in Kopenhagen herausgegeben.

Du kannst die Autonomi Newsletter bestellen, indem du 10 dm. (wegen dem sauteuren Porto !) in ein Kuvert steckst und an folgende Adresse sendest :
AUTONOMI c/o Internationalt Kulturforum , Bbc box 286
Vesterbrogade 208 DK.-1800 Fbg. C.
Dänemark



zusammen kämpfen !

FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

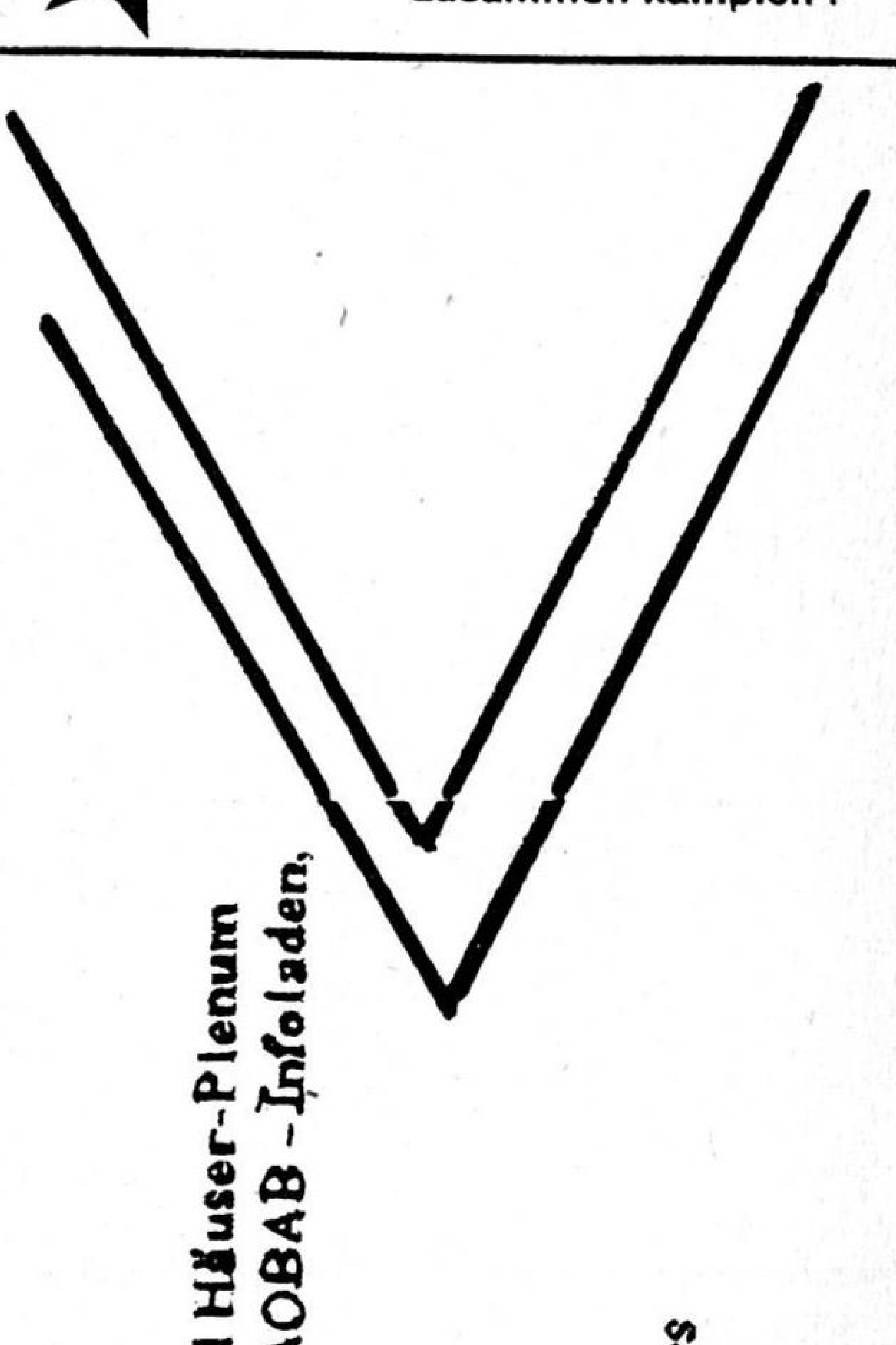


KUNDGEBUNG

Freitag
9. September
16.30 Uhr
ab 16 Uhr Bücherstand und Infos
Berlin Alexanderplatz
(am Brunnen bei den Kaufhäusern)

Informationen und Beiträge zu den Haftbedingungen der Gefangenen aus der RAF, zur Situation der kurdischen Gefangenen im Hungerstreik und zum bevorstehenden Antifa-Prozeß in Berlin

Kundgebung der *Angehörigen und FreundInnen der Gefangenen aus der RAF* zusammen mit dem *AK Kassiber* im Rahmen der bundesweiten Aktionskette mit der "Initiative für die politische Diskussion mit den Gefangenen"



Das nächste Berliner Wagenburgen- und Häuser-Plenum findet statt am 14. 9. 94 um 20 Uhr im BAOBAB - Infoladen, Winsstr. 53, U Senefelder Platz
Themen: Drohende Räumungen
Leerstand
Demo am 3. 10.,
Aktionstage(?)
Verdoppelung desSelbsthilfesatzes

(Sorry für das Chaos beim letzten Mal!)

AUFRUF ZU ANTI-WAHL-AKTIONEN

Die Herrschenden nennen es Superwahljahr. Die Wahlen werden richtungsweisend für die Entwicklungen nach der sogenannten "Wende" '89 sein. Gleichzeitig geht der politische Rechtsruck europaweit weiter. Die Regierenden versuchen, faschistisches Wählerpotential durch dementsprechende Wahlpropaganda-gegen rote Socken etc.- zu integrieren. Außerdem wird die Faschisierung dieses Staates schleichend vorangetrieben und die sogenannte Demokratie immer weiter ausgehöhlt.
In Italien wurden Faschisten in die Regierung gewählt. Die revolutionäre Linke dort hat es zum größten Teil versäumt, im Vorfeld der Wahlen Stellung zu beziehen.
Uns geht es darum, als revolutionäre Linke zu den Bundestagswahlen im Oktober hier offensiv Stellung zu beziehen, diese heuchlerische Praxis der parlamentarischen Demokratie anzuprangern, und nicht konservativen und faschistischen Kräften dieses Feld zu überlassen- gerade in der BRD auch eine historische Notwendigkeit.
Konkret schlagen wir eine berlinweite Plakataktion im Vorfeld der Wahlen vor, in deren Rahmen inhaltlich und trotzdem plakativ gegen die Politik der Herrschenden Stellung bezogen wird. Falls andere Gruppen oder Einzelpersonen noch Ideen haben oder sich beteiligen wollen, haben wir ein Treffen vereinbart:

Gemischtes Treffen: **Freitag, 16.9.**, um 19 Uhr im Blauen Salon Mehringhof
Frauen/Lesbentreffen : **Sonntag, 11.9.**, 15 Uhr, im Frauenraum Mehringhof, 2.HH 4.Etage rechts (nach unserem Frühstück)

Frauen-/Lesbenbündnis gegen imperialistische Kriege

AUTONOMES TIERRECHTSCAFE

AM 11.9. IM DRUGSTORE
POTSDAMER STR. 180
SCHÖNEBERG

AB 18 UHR
VEGANES ESSEN
INFO

AB 19 UHR
VORTRAG
DISKUSSION

THEMA: JAGD & JÄGER
Männlichkeitswahn im Naturschutzgewand

Im
EL LOCCO
Kreuzbergstr. 43, 10965 Berlin
U+S-Bahn Yorckstr.

CLASH

Tel: 4627846

Die Kneipe im Wedding, Uferstr. 13, 13357 Berlin, U8 Pankstr., U9 Nauener Platz

Videos im *CLASH*:

Sonntag, 11.9.94 **21.00 Uhr**	Video: Literaturverfilmungen im CLASH - "Der blaue Engel", nach dem Roman "Proffessor Unrat" von Heinrich Mann, D 1930, mit Marlene Dietrich.
Montag, 12.9.94 **21.00 Uhr**	Antifaschistisches Video im CLASH: "Ernst Thälmann - Sohn seiner Klasse" DDR 1954, R: Kurt Maetzig, D. Gunther Simon. > Der Film handelt vom antifaschistischen Kampf der Kommunisten während der Naziherrschaft, bis zur Ermordung Thälmanns im KZ Buchenwald 1944
Mittwoch, 15.9.94 **21.00 Uhr**	Musikvideo im CLASH: "Punk" - The Punkexplosion of the late seventies was to change the face of popular music for ever... The Sex Pistols, The Buzzcocks, The Clash etc... UK 1992

BARBATA - Treff

Treffen und Info zum anarchistischen Medienladen Barbata (Libertäre Bibliothek, Ton- und Video-archiv, anarchistisches Materialarchiv und schwarzer Büchertisch mit dem gesamten Verlags-programm der Berliner anarchistischen, libertären Verlage). Interessierte Menschen, die sich informieren oder mitmachen wollen, sind willkommen.

Freitag, den 9.9.1994 — 20.00 Uhr

Anarchistische Bewegung Polen

Informationsveranstaltung zur anarchistischen Bewegung in Polen und Eröffnung der Ausstellung „Polish-Anarchist-Expo - Polska Anarchsityczna Wystawa."

Samstag, den 10.09.1994 — 20.00 Uhr

„Polish-Anarchist-Expo - Polska Anarchistyczna Wystawa."

Zum erstenmal wird es in Berlin eine Ausstellung über die polnische anarchistische Bewegung geben. Wo die anarchistische Bewegung in Polen steht und was in den letzten 5 Jahren geschehen ist, werden anhand von Publikationen, Poster, Fotos und Videos dargestellt. Während der Ausstellung gibt es noch Info-Veranstaltungen zu aktuellen Aktionen in Polen (bitte Tagesankündigung beachten). Die Ausstellung wird im Kontakt mit der Förderation Anarchista Polen und mit dem F.A-Bulletin von polnischen AnarchistInnen durchgeführt.

10.09. bis 20.09. — Di.-So. 17.00 bis 21.00 Uhr

Association Movement - Stowarzyszenie RUCH

Infoveranstaltung mit AktivistInnen aus Wroclaw.

Polnische AktivistInnen berichten über die soziale und politische Lage in Polen. Sie stellen das Projekt "FREE WROCLA" vor.

Dienstag, den 13.09.1994 — 18.00 Uhr

Die Seele in Zeiten des Krieges

Videodokumentation zur Erinnerung an den Putsch in Chile im September 1973

Dienstag, den 13.09.1994 — 20.00 Uhr

FREITAG der 9.9.94

Showbeginn: 20³⁰ Uhr

Varieté Schwarzer Kanal

Eintritt Frei

Wo? Wagenburg „Schwarzer Kanal" an der Schillingbrücke (Ecke Köpenicker Str)

Varieté unter freiem Himmel

-Filmveranstaltung am 13.9.94 um 19.00h

BAMBULE (BRD,1970), Regie: E[illegible] Itzenplitz, Drehbuch: Ulrike Meinhof. Video-Großbildpr[illegible]ektion.

Der Film wurde unter anderen von Ulrike Meinhof zusammen mit den Mädchen, die im Berliner Fürsorgeheim "Eichenhof" in Tegel eingesperrt waren, erarbeitet. Er handelt von der Situation im Heim, beschreibt die Repression durch "staatliche Erziehung" und die Revolte, Bambule, der Mädchen.
Einige der Mädchen wie auch der UnterstützerInnen gingen wie Ulrike Meinhof später zur RAF. Der Film ist deshalb auch ein Einblick in die gesellschaftliche Situation, aus der heraus die RAF den bewaffneten Kampf aufnahm.
Am 24.5.1970 sollte "Bambule" im ARD gezeigt werden.
Zehn Tage vorher war Ulrike Meinhof nach der Befreiung von Andreas Baader in die Illegalität gegangen.
Der Film wurde [illegible] deshalb abgesetzt.

Thomas Weißbecker Haus
Wilhelmstr. 9
10963 Berlin

INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

1. September 1994



De Zwarte Kat
Reguliersgracht 116-118
1017 LX Amsterdam